



Kostenlos!

Ausgabe Zwei

März 1996

tacheles

Zeitung für ein herrschaftsfreies und lustvolles Leben

■ Inhalt

Wohnungen 3

■ Wird der städtische Mietwohnungsbestand privatisiert?

Heidebad 5

■ Wie sieht die Zukunft der Ohligser Heide aus? Wird die Renaturierung vollendet, oder bleibt sie Stückwerk?

Lübeck 7

■ Beitrag zum Brandanschlag von Lübeck und seine Hintergründe. Ungereimtheiten in der Nachforschung geben zu denken!

Polit-Prozesse 8

■ „Im übrigen gilt ja hierzulande derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als der, der den Schmutz macht.“ – K.T.

Klima/Verkehr 10

■ Solingen verstößt mit neuen Straßenbaumaßnahmen massiv gegen das Klimabündnis!

Drogen 11

■ Über den Spritzentausch in Solingen.

Interview 16

■ Gespräch mit der Initiative „Den Krieg überleben“ über die bevorstehende Abschiebung der bosnischen Flüchtlinge.

Energie 20

■ Tips und Tricks von der VerbraucherInnenberatung Solingen zum Energiesparen.

Gruppentreffs 24

■ Für Menschen, die aktiv werden wollen: Kontakte und Termine.

Radioterminale 24

■ Helgos vollständige Bürgerfunkterminliste. Für alle im „RSG-Land“, die mal in Urlaub wollen.

Lieber Günther! WIR halten den Mund nicht!



Kissel &
Oberstadtdirektor
Deubel...
Wie lange
hält die Ehe noch?

Da sind wir schon wieder!

Ihr haltet die zweite Ausgabe der **tacheles** in Euren Händen. Einen Schwerpunkt in dieser Ausgabe bilden Prozesse gegen Menschen, die sich Wohnraumzerstörung, offenen Rassismus und Zensur nicht gefallen lassen wollen. Die derzeitige Häufung dieser Prozesse sind Ausdruck der Verschärfung der herrschenden Verhältnisse: Die jeweils Mächtigen wollen sich Kritik an ihrem Verhalten einfach nicht mehr bieten lassen. So nimmt die Stadt Solingen die vollkommen friedliche Besetzung von zwei leerstehenden Häusern an der Teschestraße und eine darauffolgende fünfminütige Ruhestörung einer Ratsitzung zum Anlaß, ca. ein Dutzend junger Menschen mit Strafverfahren zu überziehen. Vorbei sind die Zeiten von 1981, als der Oberstadtdirektor den BesetzerInnen eines privaten Gebäudes als Ersatz ein leerstehendes städtisches Gebäude aufschloß. Selbst ein satirischer Artikel in einer Abzeitung mit der sprachlichen Karikatur eines Lehrers reicht heute, um seine Autorin mit einem Strafverfahren zu überziehen. Und auch die graue Eminenz unserer Stadt, der Obermeister Günther Kissel mit seinen rechtsextremen Aktivitäten läßt jetzt seine Muskeln und die Staatsanwälte spielen: Zunächst gegen eine

Gruppe, die aus Protest gegen seine Aktivitäten aus Anlaß des zweiten Jahrestages des faschistischen Brandanschlages für kurze Zeit ein Baustellengerüst besetzten, und nun auch gegen die **tacheles**. Wir wurden von der Polizei informiert, daß wir eine Strafanzeige erhalten haben, weil Günther Kissel sich durch die Aufdeckung seiner rechtsextremen Verquickungen in unserer ersten Ausgabe beleidigt fühlt. Das wird ein schwieriger Kampf: Der David **tacheles** gegen den Goliath Kissel, den mit Abstand größten Solinger Bauunternehmer in Solingen. Wenn wir diesen Prozeß gewinnen wollen, brauchen wir viel Geld für eine gute Prozeßführung und eine breite Solidarität. Wir freuen uns über jede Spende für den Prozeß auf das **tacheles**-Konto (siehe Impressum S.19) und über Aktivitäten, die den Skandal des verharmlosenden Umgangs u.a. der Stadt mit dem NPD-Spender Günther Kissel thematisieren.

Aber trotz allem lassen wir uns den Spaß nicht verderben und reden **tacheles** nicht nur über die Prozesse. Dabei geht es oft um kommunale Themen wie z.B. den drohenden Ausverkauf des städtischen Mietwohnungsbestandes, den Streit um die Schließung des Heidebades, den Hero-

in-Spritzen-Tausch-Bus in Ohligs und das Verhalten des Solinger Ausländeramtes gegenüber bosnischen Kriegsflüchtlingen... Für viele LeserInnen (und manche RedakteurInnen) sicher unerwartet, beginnen wir in dieser Ausgabe mit einer Serie über spirituelle Angebote in dieser Stadt. Überhaupt freuen wir uns, daß diesmal wenigstens einzelne kulturelle Beiträge dabei sind.

Zum Schluß noch eine herzliche Bitte an unsere LeserInnen: Nutzt die Zeitung als Forum, schreibt selbst über Ungerechtigkeiten, Rassismus, Sozialabbau und Umweltzerstörung oder berichtet über eure Initiative. Oder beschert uns etwas von dem Lachen, ohne das die herrschenden Verhältnisse nicht zerbröseln werden und das uns und Euch Kraft zum Weitermachen gibt. Unser Zeitungsprojekt ist von keiner Partei oder sonstigen Organisation abhängig. Es trägt sich allein aus Anzeigen, Solidaritätsabos und Spenden - wer uns damit unterstützen will und kann, hilft, die karge Solinger Medienlandschaft aufzumischen.

**Bis dann,
Eure tacheles Redaktion**

Aktionswoche kratzt an Kissels Image

■ Geht ein Bürgerantrag zu weit?

„Die Kontakte von G. Kissel führen immer wieder in die Szene der harten Auschwitzleugner hinein. Mit aller Macht versucht er die Nazi-Zeit zu entkriminalisieren“ Alfred Schobert (DISS)

Wie schwer sich die Politprofis unserer Stadt im Umgang mit der Person Kissels tun, wurde einmal mehr auf der Podiumsdiskussion vom 25.2. innerhalb der Aktionswoche „Couragiert Handeln gegen Rechte und ihre GeldgeberInnen“ deutlich. So ist es kaum verwunderlich, daß der Nicht-Solinger Alfred Schobert vom DISS (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung) die kritischste Position unter den PodiumsteilnehmerInnen vertrat. Etwa 150 interessierte BürgerInnen waren zu der Veranstaltung gekommen, um mehr von den Umtrieben des Günther Kissel zu erfahren und vielleicht über Möglichkeiten zu sprechen, wie man verhindern kann, daß er in dieser Stadt immer mächtiger wird. Aus dem Publikum heraus, wurde ein von antirassistischen Initiativen initiiertes Bürgerantrag

an die Stadt Solingen vorgestellt, der folgende Punkte beinhaltet:

- die Firmen KISSEL-RAPID und Kissel-HEIMBAU bei Empfehlungen von Bewerbern für die Vergabe von Landes- oder Bundesmitteln für den Bau öffentlich geförderter Wohnungen nicht mehr vorzuschlagen und diesen auch, soweit es rechtlich möglich ist, keine städtischen Eigenmittel aus der Wohnungsbauförderung zukommen zu lassen.
- bei beschränkten Ausschreibungen von Aufträgen der Stadt (...) die Firmen KISSEL - RAPID und Kissel - HEIMBAU nicht mehr zur Angebotsabgabe aufzufordern.
- keine Einladungen an die Bauinnung der Kreishandwerkerschaft mehr auszusprechen und keine Vertreter der Stadt Solingen zu Treffen mit der Bauinnung zu entsenden, solange Günther Kissel als Obermeister der Bauinnung fungiert.

Doch damit stießen sie bei dem SPD-Bundestagsabgeordneten Hans-Werner Bertl und der Grünen Fraktionssprecherin Sylvia Löhrmann auf wenig Verständnis. Während Bertl seine Bedenken äußerte, daß eine gerichtliche Auseinandersetzung gegen Kissel nicht zu gewinnen sei, ging Reiner Daams (Ausschußmitglied der Grünen) noch einen Schritt weiter: „Aufgrund politischer Ansichten darf niemand wirtschaftlich kaputt gemacht werden.“ Die Person Kissel wird damit fein säuberlich von der Firma Kissel getrennt.

Bertl und Daams sind sich einig: Wenn G. Kissel nicht mehr Obermeister der Bauinnung wäre und die Stadt Kontakte zu ihm meiden würde, sei nicht mehr zu tun. Die Gewinne aus seiner marktbeherrschenden Baufirma unterstützen je-

Günther Kissel, größter Solinger Bauunternehmer, ist seit 50 Jahren als Organisator, Finanzier und Ideologe in der ganz rechten Szene aktiv. Eine Chronik mit vielen Original-Dokumenten, 192 Seiten (DIN A4/Paperback), ist zu bestellen für 15,- DM + 3,- DM Porto bei Antifa-Archiv, Postfach 100931 - 42609 Solingen.

doch seine Spendentätigkeit für Rechtsextremisten. Kissel, der seine MitarbeiterInnen mit rechtsextremen Propagandamaterial versorgt, nutzt die Firmen so auch politisch. Bisher fehlt der Stadt Solingen der politische Wille, Kissel bei öffentlichen Auftritten auszugrenzen, indem sie z.B. die Teilnahme des OstD Deubel bei Einweihungen von Kisselbauten einstellt und nicht mehr mit der Bauinnung zusammenarbeitet, solange der Obermeister Günther Kissel heißt. Zumindest in diesem Punkt bleibt darauf zu hoffen, daß das öffentliche Aufsehen der Aktionswoche ein Umdenken bei der SPD bewirkt.

Notwendig ist jedoch auch, daß die Stadt den Versuch macht, die rechtlichen Möglichkeiten auszuloten, Kissel weitestgehendst von der Vergabe öffentlicher Gelder auszuschließen. Viele Unterschriften unter dem Bürgerantrag und weiterer öffentlicher Druck sind dafür notwendig.

Öffentlicher Prozeß gegen die Kissel-Baustellen-BesetzerInnen am 13.3. um 11.30 Uhr im Amtsgericht.

Städtischer Mietwohnungsbestand kurz vor dem Aus?

Während im „Standort Deutschland“, für dessen Aufblühen wir alle unseren Gürtel enger schnallen müssen, die Unternehmensgewinne kräftig wachsen, wächst auf der anderen Seite die „neue“ Armut.

Preiswerter Wohnraum wird immer knapper

Beim Grundbedürfnis Wohnen hat dies auch in Solingen konkrete Auswirkungen: Betrug die Zahl der EmpfängerInnen von Wohngeld oder Sozialhilfe vor zehn Jahren noch 9621, so gibt es heute ca. 20 000 Wohngeld- bzw. SozialhilfeempfängerInnen.

Die SolingerInnen, die staatliche bzw. städtische Unterstützung für ihre Mietzahlungen benötigen, sind die finanziell schwächsten KonkurrentInnen auf einem hart umkämpften Markt. 1994 waren 1600 wohnungssuchende Haushalte beim Wohnungsamt gemeldet. Es gibt einen besonders hohen Bedarf an preiswerten Wohnungen und die Nachfrage danach wird ständig höher. Preiswerter Wohnraum findet sich vor allem im Sozialwohnungsbestand (mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnungen, deren Mieten in einem erträglichen Rahmen bleiben müssen) sowie im Altbaubestand der Genossenschaften und dem der Stadt Solingen. Gerade der Sozialwohnungsbestand gerät jedoch in den nächsten Jahren unter besonderen Druck: Nach Auskunft des Wohnungsamtes der Stadt laufen bei ca. 40% der derzeit 11 000 Sozialwohnungen bis zum Jahr 2000 die Bindungen ab, das heißt die VermieterInnen können die Mietpreise Schritt für Schritt auf das teure Preisniveau des „freien“ Wohnungsmarktes erhöhen. 1994 war zusätzlich der Neubau vom Land geförderter Wohnungen mit nur 108 auf einem Tiefstand angekommen.

Stadtverwaltung will 70% der Mietwohnungen verkaufen

Wie verhält sich nun die Stadt Solingen angesichts der Wohnungsnot? Gab es 1986 noch 1516 Wohnungen in 518 Mietwohnungshäusern (ohne Notunterkünfte), so schrumpfte deren Anzahl in den zehn Jahren danach trotz einer „rot-grünen“ Mehrheit im Stadtrat auf 1150 Wohnungen in 400 Gebäuden, obwohl der Mietwohnbesitz der Stadt insgesamt sogar Gewinne abwirft. Der Rest wurde verkauft oder abgerissen.

Doch damit nicht genug. In einer Vorlage vom Oktober 95 schlug der Stadtkämmerer Predeck den Verkauf von ca. 70% des städtischen Wohnungsbestandes vor. Die Wohnungen sollen in

den nächsten zwei Jahren den MieterInnen zum Kauf angeboten werden. Was passiert, wenn diese nicht an einem Kauf interessiert sind, bzw. ein derartiger Kauf völlig außerhalb ihrer finanziellen Möglichkeiten liegt? Für diesen Fall schlägt die Verwaltung einen „Verkauf der Objekte an Dritte oder Kapitalanleger“ vor, „falls die Gebäude in der beschriebenen zweijährigen Verkaufsaktion nicht oder nur unvollständig zum Verkauf gelangen.“

Zur Abwicklung der Verkäufe wurden schon in-

Grünen von Julia Freiwald geäußerte Befürchtung, daß MieterInnen in Folge der Verkäufe in die Obdachlosigkeit abgleiten könnten, wurde von ST-Chefredakteur Kob so kommentiert: „Dies ist fahrlässig, wenn nicht verantwortungslos, weil es den ohnehin schwierigen Boden vergiftet.“ (ST 20.1.96). Nachdem die Pläne öffentlich geworden waren, sah sich die Verwaltung gezwungen, an die Öffentlichkeit und an die MieterInnen heranzutreten:

Stadtdirektor Predeck bezeichnete Befürchtungen, MieterInnen könnten durch die Verkäufe in die Obdachlosigkeit oder in die Überschuldung getrieben werden als „einfach absurd.“ Im Februar erhielten die MieterInnen ein Anschreiben vom Oberstadtdirektor. Darin heißt es u.a.: „Der Kaufpreis wird Sie nicht wesentlich höher belasten als die jetzige Miete - falls Sie den jetzigen Standard beibehalten.“ (SM 20.2.96)

Dies trifft jedoch allenfalls für solche MieterInnen zu, die Kinder haben und eine dauerhaft gesicherte Arbeitsstelle besitzen. Es ist zu befürchten, daß sich Viele aus Angst vor einem Verkauf ihrer Wohnungen an Dritte verschulden, um ihre Wohnung kaufen zu können. Was passiert, wenn sie später ihre Arbeit verlieren und sogar zu SozialhilfeempfängerInnen werden? Dann wird das Sozialamt erst zahlen, wenn die Betroffenen bereit sind, ihre Wohnung zu verkaufen.



Städtische Mietwohnungen an der Regerstraße

tensive Gespräche mit der Firma Dr. Lüpke sowie der Stadtparkasse geführt. Diese sollen die Ermittlung der Wohnungsgröße, Verkaufsverhandlungen und die Erarbeitung von Finanzierungsmodellen im Auftrag der Stadt übernehmen. Von den geschätzten 60 Millionen DM Verkaufserlösen wollen die beiden Unternehmen ca. 5% = 3 Millionen DM kassieren - ein einträgliches Geschäft.

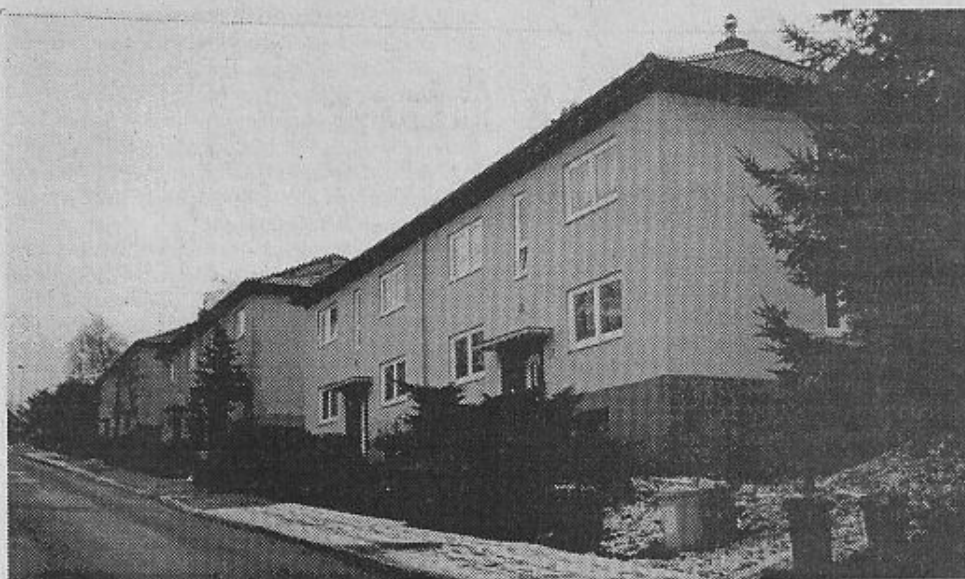
Wird der „ohnehin schwierige Boden vergiftet“?

Offensichtlich sollte die Meinungsbildung in den Ratsfraktionen über diesen einschneidenden Beschluß in aller Stille und ohne öffentliche Diskussion geschehen. Als die Grünen Mitte Januar an die Presse gingen und die nichtöffentlichen Pläne bekanntmachten war die Empörung entsprechend groß: Die in der Pressekonferenz der

Die Drohung, die Wohnungen an Dritte zu verkaufen, falls die MieterInnen nicht fähig oder willens sind, ihre Wohnung selbst zu kaufen, wird auch durch den in Aussicht gestellten 10-jährigen Kündigungsschutz nicht erträglich: Wer kennt nicht die Methoden, unliebsame MieterInnen auch bei Kündigungsschutz aus der Wohnung zu treiben? Wieviel Mieterhöhung können die Einzelnen ertragen? Wer weiß schon, ob mensch in zehn Jahren im überfüllten Solinger Wohnungsmarkt eine passende Wohnung findet?

Keine Chance mehr gegen Vorurteile auf dem Wohnungs„markt“?

Ein wesentliches Argument gegen den Verkauf der städtischen Wohnungen ist der damit verbundene Verlust an preiswerten Mietwohnungen für den Solinger Wohnungsmarkt. Gerade



Renovierte Wohnungen an der Untengönrather Straße – bald privatisiert?

Mietwohnungen auf dem unteren Preisniveau finden sich häufig im städtischen Hausgrundbesitz. Diese Wohnungen sind wichtig, um die hohe Nachfrage von finanziell schwachen Menschen zu decken. Selbst wenn die Wohnungen an finanziell besser ausgestattete MieterInnen verkauft werden, stehen sie auf Dauer, das heißt, in aller Regel auch nach Auszügen, nicht mehr als preiswerter Mietwohnraum zur Verfügung. Das Freiwerden von städtischen Mietwohnungen kam 1994 in 60 Fällen vor, dies ist keine sehr hohe Zahl, aber es ist doch eine wichtige Möglichkeit für das Wohnungs- und das Sozialamt, diejenigen Wohnungssuchenden unterzubringen, gegen die auf dem „freien“ Wohnungsmarkt Ressentiments vorherrschen: Das sind z.B. alleinerziehende Mütter, AusländerInnen, kinderreiche Familien und Behinderte. So sind z.B. AusländerInnen im städtischen Mietwohnungsbesitz prozentual stärker vertreten, da die Vorurteile gegen sie bei vielen privaten Vermietern leider besonders hoch sind.

Wie verhalten sich die Parteien im Stadtrat dazu?

Die Entscheidung über den Verkauf der Wohnungen wird Mitte des Jahres im Zusammenhang mit der Haushaltsverabschiedung fallen. Die Verwaltung begründet die Verkaufsabsichten damit, daß das im Haushaltssicherungskonzept anvisierte Ziel, 100 Millionen DM an Erlösen aus dem Verkauf von Vermögen zu erzielen nicht anders zu realisieren sei. In seiner Genehmigung des Haushaltes 1995 schrieb der Regierungspräsident jedoch: „Allerdings ist mir der dort eingestellte Anteil an Vermögenserlösen eindeutig zu hoch.“ Andere Einsparmöglichkeiten als die Vermögensverkäufe wie z.B. der Verzicht auf weitere kostenträchtige Straßenbauvorhaben wie die Südumgehung Wald oder ein zeitweiliger Beförderungsstopp für BeamtInnen des mittleren und höheren Dienstes, scheitern regelmäßig daran, daß die Lobby für diese Ausgaben weit stärker ist als die für städtische Mietwohnungen. Wie dem auch sei, die Debatte ist endlich auf dem Tisch. Der momentane Stand der Meinungsbildung der Fraktionen scheint folgender zu sein:

Die SPD hatte schon vor einiger Zeit beschlos-

sen, bis zu maximal 50% der städtischen Wohnungen zu verkaufen, unter der Voraussetzung, daß sie ausschließlich an die MieterInnen verkauft werden. In der Reggaethek im Bürgerfunk vom 2.2.96 wollte sich der Fraktionsvorsitzende der SPD, Ulrich Uibel, nicht auf eine Zahl der zu verkaufenden Wohnungen festlegen, sagte aber: „Ich gehe davon aus, daß wir mehr Wohnungen als der Kämmerer, Herr Predeck, bisher beabsichtigt in unserem Bestand halten müssen“ um

sozial Schwachen die Sicherheit des dauerhaften Mietverhältnisses zu geben. Er befürwortete den Verkauf einer großen Zahl von Wohnungen an die MieterInnen, ohne jedoch einen Verkauf an Dritte völlig auszuschließen. Immerhin sagte er einschränkend zum Thema Kauf durch die MieterInnen: „Alle diejenigen, die das entweder nicht können oder nicht wollen, und da denke ich insbesondere auch an alte Menschen, die teilweise lebenslang in den Wohnungen sind, müssen ein lebenslanges Mietrecht in ihren Wohnungen eingeräumt bekommen von der Stadt.“ Wie das bei PolitikerInnen so üblich ist, bleibt bei dieser letzten Formulierung ein wenig offen, ob alle nun wirklich alle meint, oder nur alte Menschen, die teilweise lebenslang in den Wohnungen sind. Wie dem auch sei, hier scheint der SPD noch eine spannende Debatte mit ihren SozialpolitikerIn-

nen bevorzuziehen.

Die CDU stellt sich hinter das CDU-Mitglied Stadtkämmerer Predeck und befürwortet eindeutig einen Verkauf städtischer Wohnungen, will sich aber auch noch nicht auf eine Prozentzahl des Wohnungsbestandes festlegen. Fraktionschef Franz Haug befürwortete einen „Verkauf möglichst an die Mieter“. Ein lebenslanges Wohnrecht will er allerdings nur Älteren einräumen lassen. „Bei Jüngeren würde ich sagen, dann sind zehn Jahre eine Übergangsfrist, die man sicherlich dann auch nutzen kann, um sich Ersatzwohnraum zu beschaffen.“

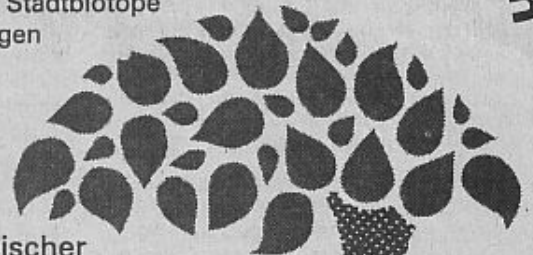
Bündnis 90/Die Grünen hatten sich immer gegen den seit Jahren von der Verwaltung vorgeschlagenen Ausverkauf des Wohnungsbestandes gewandt, vor einiger Zeit jedoch dem Verkauf der 1- und 2-Familienhäuser – das sind ca. 90 Wohnungen – an die MieterInnen zugestimmt. Sie beschlossen folgendes Vorgehen: Die Absichten der Verwaltung sollen öffentlich gemacht werden, ein Großteil (ca. 1000) der 1150 städtischen Wohnungen sollen im Besitz der Stadt bleiben, der Verkauf der übrigen soll ausschließlich an die MieterInnen erfolgen. Spannend wird es werden, wenn die SPD die Verabschiedung des Etats (die in den letzten Jahren immer gemeinsam von SPD und Grünen erfolgte) vom Verkauf eines großen Teiles der Mietwohnungen abhängig machen sollte. Ob die Grünen dann genauso umfallen wie bei der von ihnen immer geforderten Wiedereröffnung des Aufderhöher Freibades, welche die SPD mit ihrem Nein zu Fall brachte?

Krabat

Naturschutz aktiv in Solingen

- Aktive Geländearbeit
- Vorträge
- Politische Arbeit
- Umweltarbeit mit Kindern

Nächstes Treffen: Mo, 11.03.96 um 19.30 Uhr
im Schulzentrum Vogelsang, Raum 327
Thema: Stadtbiotope
in Solingen



Bergischer
Naturschutzverein
Telefon 329642

RBN

■ Erster Bürgerentscheid in Solingen Abstimmung entscheidet über Zukunft der Ohligser Heide

Am 28. April findet der erste Bürgerentscheid in Solingen statt. Dieser wurde nötig, nachdem die grün-rote Ratsmehrheit das Bürgerbegehren zum Erhalt des Heidebades abgelehnt hatte. Stimmt die Mehrheit für den Erhalt des Freibades und sind dies mehr als 25% aller Solinger Wahlberechtigten (ca. 31.000), bleibt das Heidebad auch in den nächsten Jahren geöffnet.

Information unerwünscht

Es ist jedoch schade, wenn dieses wichtige Thema dadurch entschieden wird, daß - ob bewußt oder unbewußt - falsche Informationen in Umlauf gebracht werden. So ist die Ohligser Heide nun mal kein Naherholungsgebiet, wie oft verbreitet wird, sondern eines der wenigen Naturschutzgebiete (3% der Fläche in Solingen), die der Mensch bereit ist, einzurichten. Allein in

der Heide zu erreichen, aber trotzdem fast genauso lange Wandermöglichkeiten bietet wie das alte quadratische „Schnellstraßennetz“. Der Mensch ist weiterhin in der Ohligser Heide erwünscht, um sich an der Natur erfreuen zu können, die hier eine ihrer letzten Rückzugsmöglichkeiten findet.

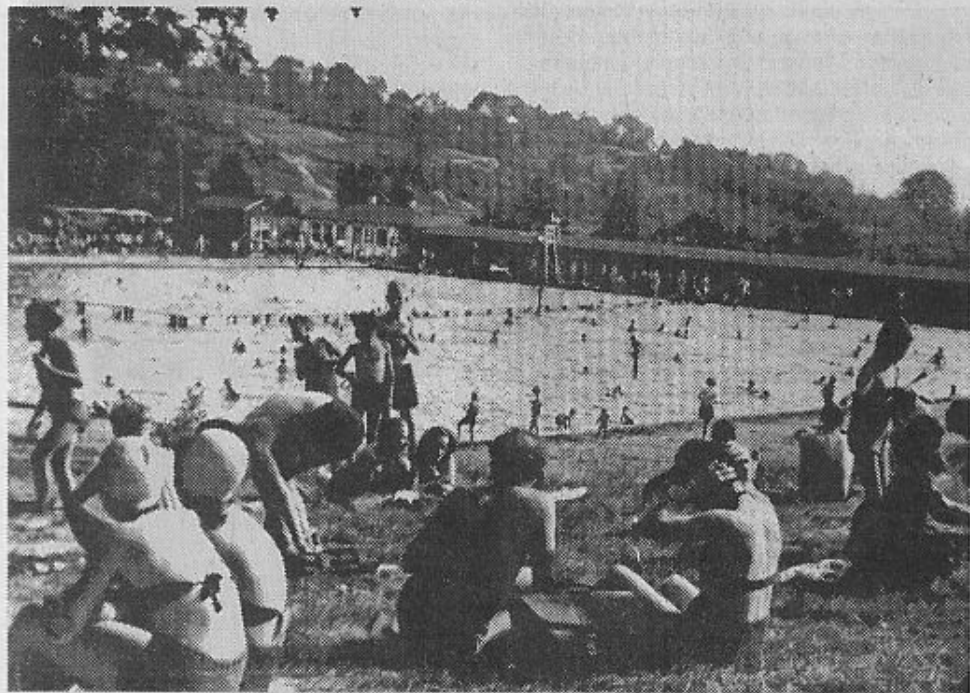
Die Tatsache, daß das Heidebad ein ökologischer Störfaktor (siehe auch **tacheles** Nr.1) ist, wird mit Ausnahme von einigen wenigen, ewig Gestrigen, nicht bestritten. Das unter diesen auch der Vorzeige-Umweltschützer der CDU ist, der auf der Ratssitzung entgegen den Urteilen sämtlicher mit dem Thema befaßten Fachleute, den ganzen Sinn der Renaturierung in Frage stellte, spiegelt einmal mehr das peinliche Auftreten dieser Partei bei der Diskussion um das Heidebad wider. So paßt es dann auch ins Bild,

den seit langem bekannt. Schon 1980 wurde im Mieland-Gutachten das Heidebad als Störfaktor genannt und die Herausnahme im letzten Abschnitt der Renaturierung gefordert. Konkretisiert wurde dies 1986 im Gutachten von Oliver Schall, der eine kurzfristige Schließung des Heidebades anregte. Jetzt hätte eigentlich die Politik beginnen müssen über eine Freibad-Alternative für Ohligs/Aufderhöhe nachzudenken. Doch anstatt durch ein langfristiges Konzept eines der Bäder Tränke/Aufderhöhe wirtschaftlich für die Zukunft abzusichern, zog man es vor, lieber erst mal zu warten bis alles zu spät ist. Als das Aufderhöher Bad 1991 geschlossen wurde, rührte sich kein Finger. Keine CDU und keine Bürgerinitiative kümmerte sich hier um die sozialen Auswirkungen. So waren Bündnis 90/Die Grünen die einzigen, die sich darum bemühten, das Freibad am Leben zu erhalten und jedes Jahr neue Initiativen starteten. Hierbei wird das ganze heuchlerische Verhalten der CDU klar. Jedes Finanzierungskonzept für Aufderhöhe als einziges Bad mit Zukunftsperspektive wird abgelehnt, stattdessen spielt man sich als die Bewahrer des Heidebades auf, wohlwissend daß dieses keine Zukunft besitzt. Die CDU ist die eigentliche Schuldige, wenn es in ein paar Jahren kein Freibad mehr in Ohligs gibt!

Der Vorschlag der „christlichen“ Partei, irgendwann ein neues Bad zu bauen, ist bei der derzeitigen Haushaltslage absolut undenkbar. Es müßte jetzt eine größtenteils private Initiative gestartet werden, die fehlenden 4 Mio. DM Sanierungskosten für das Aufderhöher Bad aufzutreiben, um Ohligs ein Freibad zu erhalten!

Traurige Aktivitäten bei Unterschriftensammlungen

Deutlich wurde in den letzten Wochen wieder einmal der Schlingerkurs der CDU. In den Ausschüssen und im Rat wird sie nicht müde zu betonen, daß sie im Prinzip für eine Schließung des Heidebades ist, allerdings erst im Jahre 2010, den das Mieland-Gutachten als spätest möglichen Zeitpunkt der Herausnahme nennt. Bei den Unterschriftensammlungen für das Bürgerbegehren verschwiegen man dies allerdings wesentlich und sprach dann lieber davon, daß man für den generellen Erhalt des Heidebades wäre. So ist es natürlich leichter Stimmen einzufangen, besonders wenn man schnell noch ein paar weitere Märchen erfindet: so z.B., daß der Spielplatz und das Restaurant Engelsberger Hof, das Altersheim Langhansstr. und auch die Schwanenmühle von der Schließung bedroht seien. Dies ist vollkommen aus der Luft gegriffen und dient einzig und allein der Unterschriftenbeschaffung. Bezeichnend für das gesamte Klima während der Unterschriftensammlung ist der Ausspruch eines Solinger CDU-Mitgliedes bei einer dieser Infostände: „Politik ist primitiv - und die Bürger sind doch dumm, man muß nur laut genug rufen und sie laufen alle hinterher!“



Das Freibad Aufderhöhe, ein Bad mit langer Tradition. Wenn das Heidebad weiter geöffnet bleibt, gehen hier wohl endgültig die Lichter aus

diesen Bereichen hat die Natur Vorrang vor dem Menschen und nur hier werden seltenen Tieren und Pflanzen Überlebenschancen geboten, da selbst Landschaftsschutzgebiete immer weiter beschnitten werden. Jüngstes Beispiel hierfür ist die Wohnbebauung Untenhöhscheid-Ost an der Bergerstraße, wo 36 neue Wohneinheiten auf der grünen Wiese entstehen sollen, die zu 80% im Landschaftsschutzgebiet liegt. Auch ist es absoluter Blödsinn zu behaupten, die Ohligser Heide werde eingezäunt oder der Mensch werde aus der Heide vertrieben. Unter viel Aufwand wurde in den letzten Jahren ein neues Wegenetz errichtet, daß es zwar dem Menschen nicht mehr ermöglicht jede Stelle in

daß eine geplante Podiumsdiskussion im Getaway, wo Badbefürworter und -gegner auch einmal öffentlich ihre Argumente austauschen sollten, wohl nicht stattfinden wird. CDU und IG Heidebad sagten bereits im Vorfeld mit der Begründung ab, sie hätten es nicht mehr nötig, sich mit den Argumenten der Gegenseite zu beschäftigen! Sachliche Information der Bürger scheint nicht gewünscht zu werden.

Heuchlerische Politik der CDU

Dabei wäre die ganze Auseinandersetzung um ein Freibad in Ohligs eigentlich vollkommen unnötig gewesen, denn die Tatsache, daß das Heidebad geschlossen werden muß, ist allen Partei-

Für die Politik gibt es ein schlechtes Bild ab, wenn ein solches Thema dazu benutzt wird, schon jetzt den Wahlkampf für die nächste Kommunalwahl zu eröffnen, um dadurch endlich einen "Regierungswechsel" in Solingen zu erreichen. Anscheinend sind die politischen Argumente nicht mehr im ausreichendem Maß vorhanden.

Bürgerinitiativen und damit auch Bürgerbegehren sind begrüßenswerte Instrumente der kommunalen Politik. Gerade bei einem Thema wie der Ohligser Heide ist es besonders schade, wenn sie von Parteien zu einem Politikum gemacht werden.

Schwierig ist allerdings der überaus schwammi-

ge alternative Finanzierungsvorschlag, der im Bürgerbegehren vorgeschlagen wird. Das Geld soll aus dem Sammelnachweis B kommen, einem großen Topf aus dem auch viele soziale Projekte finanziert werden. Hier hätten eigentlich konkrete Finanzvorschläge aus nicht-sozialen Bereichen stehen müssen. Der soziale Aspekt, der für das Heidebad so eine große Bedeutung spielt, interessiert hier ebenso niemanden wie bei der Zukunft des Hallenbades Birker Straße. Interessanterweise auf derselben Ratssitzung, auf der das Bürgerbegehren für das Heidebad abgelehnt wurde, stimmten CDU und FDP gegen einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen. Dieser sah eine generelle Erhaltung dieses

von vielen alten und jungen Menschen benutzte Hallenbad vor, daß über das ganze Jahr gesehen zudem höhere Besucherzahlen aufweist als das Heidebad!

Ernie

■ Termine rund um die Ohligser Heide: 3.3, 10.3, 17.3. jeweils 10.00 - 12.00 Uhr Diavorträge mit anschließender Diskussion im Restaurant Engelsberger Hof danach Exkursion durch das Naturschutzgebiet von 13.30 - 15.00 Uhr, 2.3. Geländeeinsatz des RBN von 10.00 - 13.00 Uhr, Treffpunkt 10.00 Uhr Parkplatz Langhansstr.

Wie ich einmal den Kriegskrediten zustimmte

Schade Hans-Werner! Du warst immer dabei, wenn es etwas zu demonstrieren gab: Ob es gegen die Nachrüstung ging, gegen den Golfkrieg oder gegen deutsche Kriegseinsätze, auf einen SPDler war Verlaß. Sicher, es ist uns immer schon schwer gefallen, zu verstehen, wie Du das alles unter einen Hut kriegst, die Friedensbewegung mit den Rüstungsexporten unter SPD-Bundeskanzlern und der Abschaffung des Asylrechts... Aber wir haben doch gewußt: Wenn der Hans-Werner wirklich jemals in den Bundestag gewählt wird, wird er die größten

Schweinereien nicht mitmachen. Deshalb haben Dich im Oktober 94 viele gewählt, die die SPD schon lange nicht mehr wählen. Die Grünen bekamen 2896 und die PDS 836 Erststimmen weniger als sie Zweitstimmen erhalten hatten. Davon wirst Du wohl die meisten bekommen haben. Wer von uns konnte denn ahnen, daß Du am 6.12.1995 nicht zu den 55 SPD-Abgeordneten gehörst würdest, die sich der Fraktionsmehrheit widersetzen und die den ersten "eindeutigen Kampfeinsatz" (Generalinspekteur Klaus Naumann) der Bundeswehr seit deren Be-

stehen ablehnten? So ist es denn gekommen, daß die Bundeswehr 50 Jahre nach dem Vernichtungskrieg der Deutschen Wehrmacht gegen Jugoslawien mit meiner Stimme (deiner JA-Stimme zum Antrag der Bundesregierung) dorthin zurückgekehrt ist. Wahrscheinlich ahnst Du auch, daß dies erst der Auftakt ist für den viel umfassenderen Auftrag, den der Bundesminister für Verteidigung schon am 26.11.1992 in den "Verteidigungspolitischen Richtlinien" der Bundeswehr zugewiesen hat: "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung". Jetzt wirst Du sicher sagen, daß doch auch fast die halbe Grünen-Fraktion dem Kampfauftrag zugestimmt hat. Richtig Hans-Werner, aber bei Dir haben wir nicht damit gerechnet.

Krabat



Es gibt einen guten Grund,
Gewohntes zu ändern:



Bewegung!

Stokke-Stühle haben Kufen, die Ihrem Bewegungsdrang freien Lauf lassen. Variabel, bequem und rückenfreundlich.

Willkommen zum Probesitzen

bei Ihrem **STOKKE**-Händler:



Grünwalder Straße 71, 42657 Solingen
Tel. 02 12/8 05 68, Fax 02 12/81 18 22
Montags bis Freitags 10 bis 18.30 Uhr
Samstags 10 bis 14 (16) Uhr

„Wir haben es nötig!“

SoliAbos

25 DM für ein Jahr
BfG - Konto 241 545 6300
BLZ 330 101 11
Kontoinhaber ist F. Prinz
Stichwort tachelesAbo
Adresse angeben!

**Prozeß
kosten
hilfe**

Uns steht ein Prozeß ins Haus, denn wir haben in den Augen eines „ehrenwerten Bürgers“ zuviel gesagt. Wir brauchen deshalb Geld... Konto siehe oben!

Lübecker Ungereimtheiten

■ Der Brandanschlag und seine Folgen - eine Betrachtung

Es ist schon merkwürdig was sich dieser Tage in Lübeck abspielt. Da kommen Mitte Januar bei einem Großbrand in einem Lübecker Flüchtlingsheim 11 Menschen ums Leben und rund 50 werden zum Teil schwer verletzt. Schon bald ist klar: ein technischer Defekt wird als Brandursache ausgeschlossen, so daß es sich um einen Fall von Brandstiftung handeln muß. Bleibt also "nur" noch die Frage nach dem Täter bzw. der Täterin. Und hier beginnen alle Ungereimtheiten.

Zunächst galten vier deutsche Jugendliche aus einem benachbarten Ort als die Tatverdächtigen. Doch dann verlautete von den Ermittlungsbehörden, daß sie über ein wasserdichtes Alibi verfügen würden. Stunden nach der Freilassung der Deutschen wurde der Libanese Safoan E. festgenommen. Der Haftbefehl stützte sich auf die Aussage eines Feuerwehrsanitäters, Safoan habe in der Brandnacht mit den Worten „Wir waren es“ eine Art Geständnis abgelegt. Safoan selber bestreitet dies und sagt, daß er gesagt habe: „Sie waren es“, womit er sich auf Informationen bezogen haben will, die ihm sein Vater vermittelt habe. Ein weiteres Indiz ist aus Sicht der Ermittlungsbehörden das angebliche Täterwissen Safoans. Es bedeutet, daß er den Brandherd gekannt haben soll, doch Safoans Anwalt erklärt dazu, sein Mandant habe lediglich das weitererzählt, was ihm sein Vater zugetragen habe - und dessen Zimmertür war schließlich nur einen Meter von dem Brandherd entfernt. Weshalb, so läßt sich fragen, hätte Safoan sein Leben und das seiner Eltern aufs Spiel setzen sollen. Ferner, wie steht es mit der Glaubwürdigkeit des Feuerwehrmannes? Denn außer dieser einen Aussage gibt es keine Indizien für die vermeintliche Aussage von Safoan.

Nicht weniger widersprüchlich ist das mutmaßliche Tatmotiv. So vermuten die Ermittlungsbehörden, daß ethnische Konflikte zur Tat geführt hätten. Dieses scheint jedoch eher unwahrscheinlich zu sein. Denn Fakt ist: Der Zeuge, Gustave S., von dem die Polizei behauptete, er habe mit dem Libanesen Streit gehabt, bestreitet dies. So verwundert es nicht, daß einen Tag,

nachdem Gustave S. den Angaben der Polizei widersprochen hatte, eine vorläufige Nachrichtensperre verhängt wurde, die bis heute anhält. Aussagen der Hausbewohner und eines Betreuers des Heimes lassen ebenfalls nicht auf schwerwiegende Konflikte innerhalb des Hauses schließen. Ausschließlich die Ermittlungsbehörden haben bisher gegenteilige Behauptungen aufgestellt. Und auch von den versuchten Brandanschlägen auf das Flüchtlingsheim im vergangenen Jahr, von denen die Hausbewohner berichtet hatten, wollen die Fahnder nichts wissen.

Die Widersprüchlichkeit von Aussagen der Polizei und der Hausbewohner zeigte sich auch auf einer Mitte Februar abgehaltenen Pressekonferenz der Flüchtlinge. Gemeinsam wiesen sie Behauptungen der Staatsanwaltschaft, nach denen es im Haus „ethnische Konflikte“ gegeben habe, entschieden zurück und forderten die Freilassung von Safoan E. Mit allen Mitteln versuche die Polizei ihre Version in den Ermittlungen durchzusetzen.

Die ganzen Ungereimtheiten des Lübecker Brandanschlags erinnern stark an zurückliegende Mordanschläge. Waren in Mölln und Solingen die Mörder angeblich verwahrloste jugendliche Einzeltäter, so sprachen die Behörden bei anderen Bränden allzusehr von Unfällen. Ganz erfreut konnte beispielsweise Stuttgarts Oberbürgermeister Rommel am 16. März 1994 verkünden, die Ermittlungen nach den Ursachen eines Hausbrands hätten „keine Anzeichen auf einen fremdenfeindlichen Anschlag“ ergeben. Bei dem Feuer hatten sieben ausländische Menschen ihr Leben verloren. Ein Jahr später gestand ein 25-jähriger, den Brand gelegt zu haben. Als Motiv gab er Ausländerhaß an. Die große Empörung und Betroffenheit von PolitikerInnen, aber auch von Linken, blieb aus. Und auch der Fall, daß Behörden nach Brandanschlägen auf Flüchtlingsheime gegen die Opfer als Tatverdächtige ermitteln, ist nicht neu. So geschehen bei einem Brandanschlag auf ein von Ausländern bewohntes Haus am 5. Juni 1993 in Hattin-gen. Obwohl nach Berichten der Tagespresse

zur Tatzeit drei junge Männer, einer davon Angehöriger der örtlichen Skinheadszone, in unmittelbarer Nähe des Hauses gesehen wurden, ließen die Behörden die Ermittlungen gegen Fremdtäter schnell fallen. Daß der stellvertretende Landesvorsitzende der mittlerweile verbotenen rechtsextremistischen FAP, Axel Zehnsdorf, in direkter Nachbarschaft wohnte, sei reiner Zufall. Trotz der widersprüchlichen Beweislage gegen die Bewohnerin, Frau Ünver, die sich mit ihren fünf Kindern aus dem Schlafzimmerfenster retten konnte, erhob die Essener Staatsanwaltschaft im März 1994 gegen sie Anklage wegen schwerer Brandstiftung und Vortäuschung einer Straftat. Der Prozeß fand im Februar diesen Jahres statt.

Ins Bild paßt auch, daß bei vielen Straftaten mit rechtextremen Hintergrund viel zu lasch vorgegangen wird. Man muß sich nur einmal anschauen, welche Ermittlungsverfahren vom Generalbundesanwalt zwischen 1992 und 1994 geführt worden sind. Es waren 389 wegen Bildung und Unterstützung einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung gegen Linke und nur 13 gegen Rechtsextreme. Das bestärkt die Rechtsextremen sicher.

Mal ganz abgesehen davon, wer der Täter des Lübecker Brandanschlags ist, muß es doch zu denken geben, daß ein rechtsradikaler Mordterror nicht ausgeschlossen werden kann. Somit müssen unabhängig von den polizeilichen Ermittlungen politische Konsequenzen gezogen werden. So darf die Asylgesetzgebung nicht so bleiben wie sie ist. Seit der Änderung des Asylrechts ist der Rassismus nicht zurückgegangen, die Gleichung "Weniger Asylbewerber = weniger Rassismus" ist absurd, sie konnte nicht aufgehen. Das Grundrecht auf Asyl ist nahezu aufgehoben, stattdessen wird eine gnadenlose Abschottung praktiziert. So kritisierte mit außergewöhnlich scharfen Worten der Lübecker Bürgermeister Michael Bouteiller (SPD) die Abschiebepolitik der Bundesregierung und rief dazu auf, illegale Flüchtlinge zu schützen. Es sei unverständlich und unakzeptabel, so der Bürgermeister gegenüber Radio Bremen, daß der Staat in schrecklicher Weise das Ausländerrecht mit Abschiebungen exekutierte. Gerade von Lübeck aus müsse das Gegenteil aufgebaut werden und dazu bedürfe es zivilen Ungehorsams. Mit seiner Forderung Asylbewerberheime aufzulösen und Flüchtlinge dezentral unterzubringen sprach Bouteiller eine weitere Konsequenz an. Statt Flüchtlinge zu ghettoisieren und somit den Nazis die Gelegenheit zum Morden zu geben müssen, sie stärker integriert werden, d.h. sie sollten in ganz normalen Wohnungen untergebracht werden.

Ignatz Wrobel



Staatsgewalt im Doppelpack

■ Versuchte Kriminalisierung der „Störer“ einer Ratssitzung ■ Beschlagnahmeaktion beim Solinger Tageblatt

Eine parteiische Anklage ...

Vor einigen Wochen fand vor dem Amtsgericht Solingen ein Verfahren gegen drei Angeklagte statt, denen seitens der Staatsanwaltschaft zur Last gelegt wurde, die Ratssitzung vom 2.3.1995 „in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit gesondert verfolgten Mittätern die Durchführung der öffentlichen Ratssitzung im Stadttheater dadurch unmöglich gemacht zu haben, daß Transparente entrollt, Parolen skandiert“ und „der mitgeführte Bauschutt ausgekippt worden sei und daß die Täter erst nach Androhung, die Polizei zu verständigen, den Sitzungssaal verlassen hätten“ (Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Solingen, zitiert nach dem Urteil des Amtsgerichts Solingen vom 2.1.1996). „Unmöglich gemacht“ worden war die Sitzung allerdings keineswegs. Insofern kann man der Anklage durchaus den Vorwurf machen, daß die seinerzeitigen Ereignisse tendenziös und parteiisch vorgetragen wurden, der Inhalt der Anklageschrift teilweise der Wahrheit nicht entsprach.

... und der tatsächliche Sachverhalt

Folgendes hatte sich abgespielt: Während die Sitzung bereits im Gange war, betraten einige jüngere ungebundene „Gäste“ den Sitzungssaal. Ihr Besuch stand im Zusammenhang mit der Räumung und dem Abriß des 800-qm-Wohnhauses an der Teschestraße, das für einen Parkplatz des neuerrichteten City-Club-Hotels geopfert worden war - mit der witzigen Rechtfertigung, das Haus sei baufällig. Dies war schon ein dreistes Stück, und man kann sich nur freuen, daß es Leute gibt, die noch mutig genug sind, derartige Sauereien anzuprangern. Daß die Stadtratssitzung der richtige Ort war, weil dort die Verantwortlichen zusammenkamen, liegt auf der Hand. Schwerpunktmäßig wurde seitens der Protestierenden die Forderung vorgetragen, die (zeitweiligen) Besetzer des Hauses Teschestraße nicht zu kriminalisieren und die inzwischen gegen sie angestregten Verfahren einzustellen.

In einer kurzen Rede über Megaphon wurden die genannten Forderungen begründet. Währenddessen forderte Oberbürgermeister Kaimer die Protestierenden wiederholt auf, den Saal unverzüglich zu verlassen. Diese gingen aber noch nicht sofort, sondern schütteten, so das Urteil, „mitgeführten Bauschutt in geringfügiger Menge“ aus - den sie dem großen Müllberg entnommen hatten, in den die Stadtoberen das schöne Mietshaus an der Teschestraße hatten verwandeln lassen. Nachdem die oben erwähnte Rede beendet war, trollten sich die ungebundenen Gäste; daraufhin wurde die Ratssitzung fortgesetzt. Der gesamte Zwischenfall hat nach Angaben von Augenzeugen ca. 7 Minuten gedauert. Nach und nach traf die verständigte Polizei mit einigen Streifenwagen vor dem Stadttheater ein, um dort sogleich die Personalien von „verdächtigen“ Personen aufzunehmen - von dort

aus fuhren Beamte auch „verdächtigen“ Autos nach. Beweiskräftige Feststellungen konnten jedoch von keinem der Beamten getroffen werden.

Die Hauptverhandlung

So kann nur verwundern, daß einige Zeit später seitens der Staatsanwaltschaft Solingen gegen insgesamt neun Personen Anklage wegen Hausfriedensbruch erhoben wurde. Und so geriet dann auch die hier geschilderte Hauptverhandlung gegen drei von ihnen mehr zu einer Art Justizlotto-Show. Dem interessierten Beobachter wurde in keiner Weise erkennbar, warum aus-

Von den Bekundungen der neun PolizistInnen, die vor Gericht vernommen wurden, war auch nicht ein Satz zu vernehmen, der geeignet gewesen wäre, die haltlos wirkende Anklage zu rechtfertigen. Stattdessen kamen einige unwillkürliche Lacher zustande. Zum Beispiel hatte einer der vernommenen Beamten zu seiner Mitwirkung am seinerzeitigen Ermittlungsgeschehen zu vermelden: „Ich war auf den Malediven.“

Einziges Beweisergebnis der Hauptverhandlung war, daß einer der in Solingen zum Einsatz gekommenen PolizistInnen bekundete, daß er einen der Angeklagten seinerzeit vor dem Stadttheater gesehen habe. Das war magerer als mager.

Staatsanwalt sauer: Hausdurchsuchung beim Tageblatt

Den folgenden Freispruch durch den amtierenden Richter „quittierte“ Staatsanwalt Heinrichs mit seinem Bekunden, in Berufung gehen zu wollen. Angesichts einer für ihn niederschmetternden Hauptverhandlung erschien dieser Schritt - um es vorsichtig auszudrücken - reichlich verkrampft.

Doch vermutlich hatte Heinrichs zuvor schon mit dem Staatsschutz in Wuppertal konferiert - hatte sich dort womöglich bereits Rückendeckung geholt für den Härtefall, den er - mit richterlicher Billigung - am 12.02.96 in den Redaktionsräumen des Solinger Tageblatts (ST) in Szene setzte: Staatsschutzbeamte verlangten die Herausgabe der Fotos, die der ST-Fotograf Preuß am 2.3.95 während der besagten Ratssitzung im Stadttheater geschossen hatte. Die Verantwortlichen vom ST weigerten sich; daraufhin wurden die Fotos beschlagnahmt.

Die Stellungnahmen der Presseverbände am nächsten Tag waren unmißverständlich. Alle Stimmen waren sich darin einig, daß die im ST vorgenommene Durchsuchungsaktion de facto rechtswidrig war.

Der Deutsche Journalistenverband bekundete seinen „scharfen Protest“ gegen den „unverhältnismäßigen Eingriff in die Pressefreiheit“, genauso auch der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger.

Dieser erhob schwere Bedenken gegen die immer häufiger werdenden polizeilichen Übergriffe gegen die Pressefreiheit und stellte dabei dennoch heraus, daß eine derart unverhältnismäßige Durchsuchungsaktion wie beim ST in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig sei. Bei geringfügigen strafrechtlichen Vorwürfen wie vorliegend seien noch vor einigen Jahren Eingriffe in das Redaktionsgeheimnis undenkbar gewesen. Das ST hat Beschwerde beim Amtsgericht Solingen eingelegt.

Die Beschwerdeschrift führt aus: „... Denn schließlich wird das Vertrauen der Bürger in eine freie und unabhängige Presse nachhaltig erschüttert, wenn sie sich willfährig zum Handeln der Justizbehörden machen läßt.“



gerechnet diese Angeklagten dort saßen und nicht etwa Lieschen Müller oder Jupp Schmitz. Oberbürgermeister Kaimer, als Zeuge vor Gericht vernommen, konnte sich an nichts erinnern, was mit den Angeklagten in irgendeinem Zusammenhang stand: weder an die Kleidung der „Störer“, noch ob sie Männlein oder Weiblein gewesen seien, noch ob einer eine Brille getragen habe usw. usw. ... Erst recht mußte er bei der Gretchenfrage passen, ob die vor ihm sitzenden Angeklagten unter den Personen gewesen seien, die seinerzeit in die Ratssitzung eingedrungen seien - nein, dies könne er, Kaimer, nicht sagen.

Dokumentation

■ Wuppertaler Staatsschutz klinkt jetzt völlig aus... ■ Allein gegen alle ■ der Staatsschutz kennt keine Freunde mehr



Im folgenden dokumentiert die **tacheles** eine Zuschrift der Antifa Solingen: Am 12.2. gegen 9.00 Uhr durchsuchte die Staatsschutzabteilung der Wuppertaler Polizei (PB 2) die Redaktion des Solinger Tageblatts und beschlagnahmte einen Film mit Fotos einer Ratssitzung im März '95. Mit diesen Fotos versucht Staatsanwalt Heinrichs, 9 gemeingefährliche BesetzerInnen zu überführen. Anlässlich dieser spektakulären Staatsschutzaktion, die bundesweit Empörung auslöste, könnte man meinen ein Kommando der RAF (RatsbesetzerInnen Aktions Front) hätte die heiligen Hallen der Stadt gestürmt, den Rat als Geisel genommen, um ihren berechtigten Forderungen (Abschaffung des kapitalistischen Systems) Nachdruck zu verleihen und bei ihrer Flucht 13 staatsreue Polizisten niedergestreckt hätten. Vergessen hat das Kommando lediglich dem zufällig anwesenden Tageblattfotografen den Film abzunehmen.

Aber falsch gedacht: Anlaß des massiven Eingriffs in das Presserecht war eine siebenminütige Unterbrechung einer Ratssitzung durch einige HausbesetzerInnen der Teschestraße. Ein Tran-

spa („Keine Kriminalisierung von HausbesetzerInnen - Einstellung aller Verfahren“) wurde entrollt, ein Redebeitrag verlesen, Flugis verteilt und die Reste der kurz zuvor abgerissenen Häuser Teschestraße - drei Tüten Bauschutt - dem Rat der Stadt Solingen als Präsent vor die Bühne geschüttet. Nach Verlassen der Ratssitzung wurden vermeintlich Beteiligte dieser Aktion kontrolliert und deren Personalien aufgenommen. Gegen sie wurde Strafantrag gestellt.

Bei den anschließenden Prozessen wurde das Verfahren mit einem Deal zwischen Staatsanwalt und drei Angeschuldigten - 30 Stunden „gemeinnützige Arbeit“ und das Verfahren wird eingestellt - beendet. Drei weitere Angeklagte ließen sich bei einem anschließenden Verfahren nicht auf den Quatsch ein und kämpften drei Prozeßstage lang bis zum Freispruch.

Da kein einziger der zahlreich erscheinenden Zeugnissen einen der Beschuldigten wiedererkennen wollte der sichtlich genervte Richter das Verfahren am zweiten Verhandlungstag einstellen. Der eifrige Staatsanwalt mobilisierte daraufhin weitere wichtige Zeugen und sorgte für Be-

lustigung der anwesenden BesucherInnen: Eine Polizistin war am betreffenden Tag gar nicht im Dienst und ein Kollege meinte auf die Frage was er denn gesehen hätte: „Nichts. Ich war zu dem Zeitpunkt im Urlaub auf den Malediven“.

Nachdem auch Oberbürgermeister Kaimer, wie immer mit schicker Haarsprayfrisur auftretend, keinen der Beschuldigten erkannte kam es zu Freisprüchen.

Gegen eine Frau wird zur Zeit noch ermittelt. Um ihr wenigstens die dreißig Arbeitsstunden reinwürgen zu können wurde vermutlich mangels Zeugnissen die Tageblattredaktion durchsucht. Gegen die Durchsuchung protestierten mittlerweile zahlreiche Organisationen und (JournalistInnen-) Verbände.

Das Verfahren und die Durchsuchung stehen im Zusammenhang mit einer massiven Repressionswelle gegen linksradikale Zusammenhänge im Bergischen Land. So werden Antifas, BesetzerInnen und TotalverweigerInnen in Solingen, Remscheid und Wuppertal mit Prozessen überhäuft. Die Ermittlungen übernimmt in fast allen Fällen das PB 2.

Dessen Methoden (wie die Durchsuchung der ST-Redaktion) sind mehr als zweifelhaft. Neben subtilem Terror wie Observation und Telefonüberwachung schrecken die Mitarbeiter des PB 2-Chefs Stürmer auch vor Gewalt nicht zurück: Einem 16-jährigen Antifa wurde während einer erkennungsdienstlichen Mißhandlung von dem Staatsschützer Schick zweimal ins Gesicht geschlagen. In Wuppertal wurde eine Straßentheatergruppe, die die Machenschaften des PB 2 satirisch auf die Schippe nahm von einem Sonder-Einsatzkommando überfallen. Neben einigen Leichtverletzten wurden zwei Personen schwer in Mitleidenschaft gezogen.

So wie das PB 2 gegen linke Zusammenhänge vorgeht, so ist es in Nazistrukturen verwickelt. Nach den Aussagen zweier Wuppertaler Staatsschützer scheint klar, daß das PB 2 „zur Informationsgewinnung“ den „Deutschen Hochleistungskampfkunstverband“ (DHKKV), eine der verbotenen Nationalistischen Front nahestehenden Organisation des mittlerweile enttarnten Verfassungsschutzagenten Bernd Schmitt, mit aufgebaut hat. Mittlerweile läuft eine Strafanzeige, unter anderem wegen § 129a - Unterstützung einer terroristischen bzw. kriminellen Vereinigung, § 130 - Beihilfe zur Volksverhetzung und § 140 - Belohnung und Billigung von Straftaten gegen den Wuppertaler Staatsschutz. Weitere Informationen zu dem Thema erhält der interessierte Mensch beim Infoladen Wuppertal, Tel.: 0212/311790.

Die Jagd nach dem „Täter“ - ein abgekartetes Spiel

Juristisch wäre dem nichts mehr hinzuzufügen - politisch aber sehr wohl, etwa in den Worten eines Leserbriefs des Frauenverbands Courage vom 16.2.96 an das ST: „Nun ist es wieder soweit:

Der Justiz- und Polizeiapparat zieht bei der freien Presse die Daumenschrauben an, um Beweismaterial gegen kritische Bürger zu erhalten.“

Herrgott noch mal, die Menschen in unserem Land können sich doch freuen, daß es Leute gibt, die nicht einfach hinnehmen wollen, wenn bewohnbare Häuser aus erlogenen „Gründen“ abgerissen werden, und sich stark machen für eine ehrlichere, gerechtere und menschen-

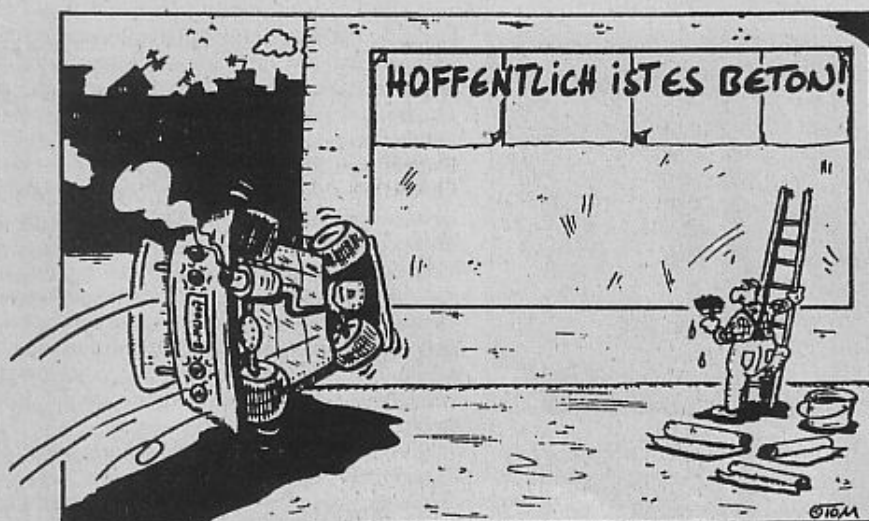
freundlichere Stadtpolitik. Nein, beim besten Willen, die Leute, die sich hierfür engagieren, gehören gewiß nicht dafür bestraft, ganz besonders dann nicht, wenn sie an der richtigen Adresse protestieren - und das ist hier nun mal der Stadtrat von Solingen. Im Fall Teschestraße war er der „Täter“, der sich hinter einer Anklage gegen Leute versteckt, die nichts verbrochen haben, im Gegenteil. Es ist also völlig egal, ob die Angeklagten zu denen gehört haben, die die Ratssitzung mit guten Gründen für 7 Minuten „gestört“ haben. Es täte Solingen und der Zukunft seiner Menschen nur gut, wenn es einen Oberbürgermeister und eine Staatsanwaltschaft hätte, die diesen einfachen und doch so wichtigen Zusammenhang begreifen wollten.

Otto Mann

**Autonome Infogruppe Solingen,
c/o Infoladen,
Postfach 100931,
42609 Solingen**

Stadt Solingen verstößt gegen Klimabündnis!

■ Verkehrsprobleme mit neuen Straßen lösen?



Auf der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Verkehr wurde wieder einmal die Aufnahme mehrerer Straßenbauprojekte in den Landesstraßenbedarfsplan gegen die Stimme von Bündnis 90/Die Grünen beschlossen. In diesem werden die förderungswürdigen Straßen, die das Land bereit ist zu finanzieren, für die Dauer von fünf Jahren festgehalten. Damit wird weiterhin gegen einen von allen Parteien einstimmig angenommenen Ratsbeschluss verstoßen, in dem der Beitritt der Stadt Solingen zum Klimabündnis beschlossen wurde.

Neue Verkehrskonzepte nicht in Sicht

In diesem verpflichtet sich die Stadt Solingen dazu, den CO₂-Verbrauch bis zum Jahre 2010 um 50% einzuschränken. Der Güter- und Personenverkehr beteiligt sich mit 25% am gesamten CO₂-Ausstoß. CO₂ (Kohlendioxid) ist ein Treibhausgas und Hauptverursacher des sogenannten Treibhauseffektes und kann nicht durch technische Errungenschaften wie den Katalysator reduziert werden. Wissenschaftler schätzen die derzeitige Erderwärmung auf 0,2 bis 0,5 Grad pro Jahrzehnt. Folgen sind Wetterveränderungen und die Erhöhung des Meeresspiegels. Dieser ist seit 1940 um durchschnittlich 13 Zentimeter gestiegen.

Nichtsdestotrotz hält die Solinger Betonfraktion aus CDU, FDP und SPD am Neubau der Westtangente Solingen, der Verlängerung der Viehbachtalstraße vom Frankfurter Damm bis Schlagbaumer Str. und dem sogenannten „Lückenschluß“ zwischen der L357n aus Gräfrath und der neuen Auffahrt der A46 (Gesamtkosten ca. 150 Mio. DM), fest. Die Westtangente soll sinnigerweise im Jahre 2010 fertiggestellt sein, just in dem Jahr in dem auch das CO₂-Reduzierungsziel erreicht sein sollte...

Mit dem Beitritt zum Klimabündnis hätte eigentlich auch ein Umdenken in der Verkehrspolitik

erfolgen müssen. Eine Stärkung des Umweltverbundes (Bus, Rad, Füße) könnte den Verkehr verlagern und gleichzeitig die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung befriedigen.

Gutachten prognostizieren mehr Verkehr

Die im Klimabündnis geforderte Reduzierung des „motorisierten Individualverkehrs“ (MIV), auf deutsch Pkw und Lkw, kann durch diese Straßenprojekte unter keinen Umständen erreicht werden. In den zwei vorliegenden Innenstadt-konzepten für Solingen-Mitte (u.a. von Heinz, Moritz und Partner, Aachen) wird z.B. prognostiziert, daß der Bau der Westtangente Solingen nur eine kurzfristige Reduzierung des innerstädtischen Durchgangsverkehrs bewirkt. Langfristig gesehen wird dagegen der ohnehin hohe Anteil des MIV am gesamten Verkehr nach dem Bau der Westtangente von derzeit 68% auf 75% ansteigen. Der jetzt schon vor sich hin dümpelnde Busverkehr wird noch weiter reduziert werden, und zwar von 33% auf 25%!

Daß neue Straßen nicht die gewünschte Entlastung bringen, sondern vielmehr nur neuen Verkehr anziehen, beweist auch eine Studie des britischen Verkehrsministeriums. Diese belegt, daß sich die Verkehrsströme in London infolge von neuen Straßen verdoppelten bis verdreifachten! Eine nicht unwesentliche Rolle bei der weiterhin andauernden Bevorzugung des MIV ist die Haltung des Solinger Tageblattes, dessen einseitige Berichterstattung über Straßenbauten kaum noch zu überbieten ist. Wenn es nach dem Willen der hauseigenen Redakteure ginge, würde ganz Solingen zu einem riesigen Autobahnkreuz ausgebaut, in dem FußgängerInnen am besten zu Hause bleiben und RadfahrerInnen als Menschen zweiter Klasse natürlich nichts zu suchen haben. So wird wieder einmal eine Presseerklärung des BUND (Bund für Umwelt und Natur-

schutz) Solingen, der die Straßenneubaupläne als „Rückfall in die Betonpolitik der 60er Jahre“ kritisiert, einfach unter den Teppich gekehrt. Zuviel negative Äußerungen zu schönen Spielzeugen könnten einem diese ja auch madig machen.

Land geht Geld aus

Einziger Hoffnungsschimmer ist somit die finanzielle Misere des Landes, das diese Straßenwahnprojekte bezahlen muß. Der Spielraum für den neuen Landesstraßenbedarfsplan ist von vorneherein auf 3 Mrd. DM begrenzt, so daß selbst die SPD mittlerweile eingesehen hat, daß man ein paar Projekte fallen lassen muß, um die Lieblingsspielzeuge retten zu können. Die geplante Weiterführung der Viehbachtalstraße bis zur B229n in Landwehr und damit weiter zum Langenfelder Autobahnkreuz ist diesem erzwungenen Sparwillen schon zum Opfer gefallen. Die Trasse wäre etwa 300m parallel neben der Bonner Str., ausschließlich durchs grüne und direkt an der geplanten Wohnbebauung Borkhauser Feld vorbei, verlaufen. Stattdessen will man nun die Bonner Str. „ertüchtigen“, was wohl auch einem autobahnähnlichen Ausbau gleichkommt.

Ernie

THEATER IM COBRA

HEINER MÜLLERS
QUARTETT

IRONIE,
LUST &
LEIDEN-
SCHAFT



THEATER
IN DER
RAVE
BAR
TRANCE
A WILD
HEART
BEATS...

IM COBRA SOLINGEN-OHLIGS

Fr. 22.3., So. 24.3., Fr. 29.3., Sa. 30.3., So. 31.3.,
Do. 18.4., Fr. 19.4., So. 21.4.96 • JEWELLS 20 UHR

EINRITT DM 18 BZW. DM 12 ERM.

KARTENTELEFON: 0212/33 53 99

SPONSORED BY **König Pilsener** **KELTS** **THE HOUSE CAFE**

Spritzentausch in Solingen

Ungeachtet aller unterdrückenden Maßnahmen und moralischen Appelle nimmt die Anzahl der Drogenabhängigen in Deutschland weiter zu. Das Stadtbild der Großstädte ist heute mitgeprägt durch die nicht wegzudenkende Anwesenheit von Drogenabhängigen en masse - und dazu durch die gelebte schmutzige Wirklichkeit in „Wirtschaftszweigen“ wie Beschaffungsprostitution, Kleindealerie und -hehlerei. Mit ständiger Polizeipräsenz an Drogenverkaufsplätzen, Rund-um-die-Uhr-Videoüberwachung des geschäftigen Treibens und ganzen Serien von Festnahmen meinten die strafverfolgenden Behörden zunächst noch, die Sache wieder in den Griff zu kriegen. Fehlangeize. Die harte Drogenszene und ihr Umfeld zeigten sich davon mehr oder weniger ungerührt und breiteten sich weiter aus - ob die Polizei dabei zuschaut oder nicht, hatte letztlich keine Bedeutung. Daß die regierenden Politiker hieraus Bemerkenswertes gelernt hätten, war lange Jahre nicht zu sehen - dabei sprachen sogar die nackten Zahlen Bände: Die Anzahl der in Deutschland durch Drogeneinnahme ums Leben gekommenen Personen (Heroinabhängigen) stieg von 200 Toten Anfang der 80er Jahre auf über 2.500 Tote im Jahr 1992. Bis heute gibt es eine Front unbelehrbarer Politiker, die gewohnt vollmundig weiter auf Kriminalisierung und Desinformation, auf Ausgrenzung und soziale Entwurzelung von Drogengebrauchern setzt. Doch selbst die Unbeirrtesten tun sich schwer zu verbergen, daß auch sie - so wie fast alle - durch eines ins Wanken geraten sind: durch ihre eigene Angst vor Aids.

Gesundheitsschutz: Eine Idee mit Konsequenz

Weggeworfene Spritzen unter Parkbänken auf Kindergartenplätzen - auch in Ohligs ist dieser Anblick seit vielen Jahren eine vielbeobachtete grausige Wirklichkeit gewesen. In großer Sorge haben viele Eltern verlangt, daß etwas Konkretes getan wird, um ihre Kinder zu schützen. Gebrauchte Spritzen - mehr noch, als daß Kinder sich daran verletzen können - sind geeignet, Krankheitserreger (u.a. Aidsviren) zu übertragen. Drogenabhängige unter starken Entzugsserscheinungen, die keine neue Nadel für die nächste Injektion zur Hand haben und nicht wissen, wo sie eine neue hernehmen sollen, nehmen 99 Prozentig eine gebrauchte. Die ständige Gefahr des Virustransfers ist so deutlich wie die logische Konsequenz für die Politik: Wer will, daß sich Aids nicht weiter ausbreitet, sollte dafür Sorge tragen, daß Drogengebraucher - inmitten der Welt, in der sie kriminalisiert sind und als Unpersonen gelten - sauberes Injektionswerkzeug benutzen. Wie vorher schon in fast allen anderen großen Städten ist daher inzwischen auch in Solingen

das Angebot eines Spritzentauschs eingerichtet worden, das sich an Suchtabhängige wendet, die sich Heroin und/oder andere Drogen injizieren. Die seit fast einem Jahr bestehende Einrichtung entstand aus einer gemeinsamen Initiative von Jugend- und Drogenberatung e.V., AIDS-Hilfe, Notschlafstelle und dem Allgemeinen Sozialen Dienst Ohligs - auch die Jugendamtsleitung und das Gesundheitsamt (federführend) waren mit von der Partie.

Vom „Drogenbus“ zur festen Einrichtung

Als „Dach über dem Kopf“ diente zunächst ein Omnibus, den die Organisatoren von den Wuppertaler Stadtwerken ausgeliehen hatten. Standort war ein freier Platz auf einem städtischen Gelände in der Hansastraße hinter dem Ohligser Bahnhof. Seit dem 1.1.96 ist die Einrichtung in die untere Etage des voranliegenden Hauses (im Besitz der Stadt Solingen) umgezogen. Viermal in der Woche können von 10 Uhr bis 13 Uhr gebrauchte Spritzen gegen neue ausgetauscht werden.

Das Angebot ist von den Drogengebrauchern von Beginn an angenommen worden. Jede Woche werden viele hundert Spritzen getauscht. Erfolg ist, daß die gebrauchten Spritzen nicht irgendwo herumliegen, und neue Spritzen dabei helfen, die Weiterverbreitung von Hepatitis und Aids zu verhindern. Zudem ergibt sich über den Spritzentausch ein verbesserter Kontakt zwischen den Drogenabhängigen aus dem Stadtteil und den Bediensteten der Einrichtung. Ursprünglich ein Stein des Anstoßes („Was sollen bloß die Nachbarn dazu sagen?“), findet der Spritzentausch, von öffentlicher Hand getragen, inzwischen breite Zustimmung, nicht nur bei den Nachbarn, sondern fast überall - neuerlich sogar auch bei den Parteien, die sich in Sachen

Drogenpolitik ansonsten eher fürs Grobe stark machen und auf die segensreiche Wirkung von Kriminalisierung, Repression und Desinformation setzen.

Umdenken in der Politik: Immerhin ein kleiner Lichtblick

Jahrzehntelang lebte die Drogenpolitik von dem Trugschluß, daß ein Süchtiger, wenn er nur einsieht, daß ihm seine Sucht schadet, ausgerechnet unter verschärftem sozialem Druck in der Lage wäre, seiner Sucht ein Ende zu setzen. Das Gegenteil trifft zu: Wenn der soziale Druck zu stark wird, dann sieht oft sogar derjenige, der schon viele Jahre lang clean ist, irgendwann gar keine andere Chance, als sich wieder „zuzumachen“. Mit der Folge, daß der ganze Suchtkreis immer wieder von vorne losgeht. Wer wirklich etwas gegen das Anwachsen des Drogenproblems tun will, muß dafür sorgen, daß dieses Kreislaufgeschehen durchbrochen wird. Alles andere ist leeres Geklapper, und kraftmeieriische Sprüche - die zumeist von Politikern oder Leuten stammen, die mit den Problemen gar nicht selbst befaßt sind - haben sich längst als sinnlos erwiesen.

Die Politik der Ausgrenzung, Verfolgung und sozialer Entwurzelung von Drogenabhängigen hatte in der Tat maßgeblichen Anteil daran, daß auch denen, die wollten, ein Weg aus der Sucht komplett unmöglich gemacht wurde. Im Rahmen jener Ideologie wäre die Spritzenvergabe früher als Beihilfe zum Drogenkonsum angeprangert worden - heute gibt es Einigkeit wenigstens über diesen einen kleinen Schritt auf die Abhängigen zu. Der gibt Anlaß zur Hoffnung, daß in Sachen Drogenpolitik doch nicht nur Blindheit gegenüber den Problemen zum Tragen kommt.

Otto Mann

Wer nicht aufhören will, muß fühlen Siemens Boykott

Ärztinnen und Ärzte der IPPNW haben sich entschlossen, so lange keine medizinischen Produkte des Siemens-Produkts mehr zu kaufen, bis Siemens auf die Entwicklung und den Bau von Atomkraftwerken und auf die Plutoniumverarbeitung verzichtet.

weitere Informationen: IPPNW Solingen und Sektion BRD der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V., Körtestraße 10, 10967 Berlin



hexenblatt



die frauenseite in der tacheles

8. März 1996 – Internationaler Frauentag

Der Internationale Frauentag ist ein Tag für die Rechte der Frauen, für den Frieden und eine humane Gesellschaft.

Im August 1910 beschlossen etwa 100 Frauen aus 17 Nationen einen alljährlichen Frauentag mit internationalem Charakter zu veranstalten, um die Einführung des politischen Frauenwahlrechts zu beschleunigen. Erst 1921 wurde der 8. März als einheitliches Datum des Internationalen Frauentages festgelegt. Als Frauentag zeitweilig vergessen, behindert und verboten blieb jedoch die Utopie bestehen, eine von Ausbeutung, Kriegsdrohung und Krieg freie Gesellschaft zu schaffen, in der Frauen wirtschaftlich und psychisch vom Mann unabhängig leben.

Der erste Internationale Frauentag am 19. März 1911 fand mit Kundgebungen und Demonstrationen in Dänemark, Deutschland, Österreich, Schweiz und in den USA statt. 1912 folgten dann Frankreich, Holland, Schweden, 1913 Rußland und die Tschechoslowakei. Damals

wurde für das Wahlrecht, für den Arbeiterinnen- und Mutterschutz und für den 8-Stunden-Tag demonstriert.

Zum Ende der Weimarer Republik wechselten die Inhalte hin zum Kampf gegen den § 218, die Weltwirtschaftskrise, das Massenelend, die Arbeitslosigkeit und die drohende faschistische Gefahr. Kommunistinnen, Unorganisierte, Gewerkschafterinnen setzten die Tradition des Frauentages in den 50er Jahren fort. Ziele waren nun das Gleichberechtigungsgesetz, der Einsatz für Völkerverständigung und die internationale Zusammenarbeit. In den 60er Jahren wurde der Frauentag in der Öffentlichkeit ein fast vergessener Tag.

Gegen anfangs erheblichen Widerstand ist der 8. März nun wieder ein Tag der Frauen geworden. Quelle: Kleines Weiberlexikon, Dortmund: Weltkreis, 1985

Termine

Auch in diesem Jahr finden wieder zahlreiche Veranstaltungen und Feste zum Frauentag statt:

7. März: Sicherheit und Eigenverantwortung - Ein Widerspruch in der Geburtshilfe? - mit VertreterInnen der Solinger Kliniken, der Klinik Bensberg und des Geburtshauses in Wuppertal. Eine Veranstaltung der Gleichstellungsstelle in Zusammenarbeit mit der VHS und "Unter'm Dach e.V." um 20.00 Uhr in der VHS.

8. März: Tag der offenen Tür in der Gleichstellungsstelle zum zehnjährigen Bestehen von 10.00 bis 13.00 Uhr nach dem Motto: "Wir haben schon viel erreicht - jetzt kommt der Rest!". Ebenfalls Tag der offenen Tür im Frauencafe, Klemens - Horn- Str.3 -nachmittags- unter dem Motto: "Wir gehen vorwärts - niemals zurück". Zum Thema „Frauen und Arbeit“ Stände und Aktionen aller Fraueninitiativen und Verbände von 14.00 - 16.00 Uhr in der Innenstadt.

9. März: "Mein Prinz muß anders kommen" - Frauencabaret mit Andrea Badey, 20.00 Uhr in der Cobra, Merscheider Straße, eine Veranstaltung der Gleichstellungsstelle und der Cobra.

Rübe

10. März: "Wir gehen vorwärts - niemals zurück" – Frauenfest der Frauengruppe Courage von 16.00 - 22.00 Uhr im Haus der Jugend Dorperstraße. Essen soll mitgebracht werden, außerdem Dinge, die sich für eine Tombola eignen. Bitte mit dem Frauencafe in Verbindung setzen (Tel. 273635)

13. März: "Mit meinem Mann verständige ich mich in einer fremden Sprache" – Ausländische und deutsche Frauen berichten über ihre Erfahrungen und Begegnungen u.a. mit binationalen Partnerschaften, 19.00 - 21.15 Uhr, Van Meenen Straße 1, 3. Etage, Veranstalterinnen sind die Familienbildungsstätte, griechische Frauen und die Frauengruppe der Moschee Dyanet



13
1
NICHTS IST SCHWERER 
NICHTS ERFORDERT
MEHR CH~~A~~RAKTER
ALS SICH IM OFFENEN
GEGENSATZ
ZU SEINER ZEIT
ZU BEFINDEN 

LAUT ZU SAGEN
NEIN!

TUCHOLSKY

Nazis marschieren und die Polizei hat nichts gemerkt?

Presseerklärung des Solinger Appells zum Naziaufmarsch in Solingen am 26.11.95

Der „Arbeitskreis Deutsche Interessen“ (ADI) hatte Ende Oktober 1995 mit Schreiben des Bundesgeschäftsführers Bernd Koch aus Solingen die „werten Kameradinnen/Kameraden“ am Totensonntag, 14. Uhr eingeladen, auf dem Friedhof Wiedenkamper Straße einen Kranz niederzulegen zu Ehren des Solinger Jagdfliegers des 1. Weltkrieges, Karl Allmenröder, der von den Nationalsozialisten im 3. Reich als Held instrumentalisiert worden war. Im Einladungsschreiben Kochs ist u.a. zu lesen: „...Nehmen wir den Kampf auf. Deutschland den Deutschen. Schreit es hinaus in die Welt ...“

AntifaschistInnen wollten den angekündigten Aufmarsch verhindern und zogen mit ca. 200 Menschen zu Kochs Haus, das an den Friedhof angrenzt. Schon Tage vorher hatte die Solinger Polizei versichert, das Nazitreffen sei abgesagt. Vor Kochs Haus beteuerte uns der Solinger Polizeichef Uhrig, daß er von keinem anderen Treffen der Nazis in Solingen wüßte und auch keines vermutete. Nachdem es tatsächlich keinen Naziaufmarsch in Solingen-Wald gab, löste sich die Gegendemonstration gegen 15.30 Uhr auf.

Gegen 17.45 Uhr wurden AntifaschistInnen informiert, daß sich in Burg 50 bis 60 Nazis aufhielten. Auf dem Weg dorthin beobachtete gegen 18.15 Uhr ein Augenzeuge, daß sich auf dem Galopa-Parkplatz ca. 1 km von Unterburg entfernt eine Einsatzhundertschaft der Wuppertaler Polizei aufhielt.

Gegen 18.30 Uhr beobachtete derselbe Augenzeuge sowie die ersten in Burg eintreffenden AntifaschistInnen, wie sich eine Gruppe von etwa 50 Männern im Nazi-Look auf dem Parkplatz neben der Seilbahn auflöste, die anderen gingen Richtung Bushaltestelle bzw. anderer Parkplatz davon. Acht der Männer, unter denen sich Mitglieder der einschlägig bekannten „Jungen Nationaldemokraten“ befanden, kehrten - wie sich etwas später herausstellte - in die Gaststätte „Burgvoigt“ ein. Zu dieser Zeit war noch kein Polizist vor Ort (auch keine Polizistin).

Ca. 20 Minuten später kamen weitere AntifaschistInnen in Unterburg an - und in aller Ruhe drei Mannschaftswagen der Polizei -, die jedoch nichts anderes zu tun hatte, als die Antifas einer Personenkontrolle zu unterziehen. Gegen 20 Uhr hatten sich vor der Gaststätte ca. 100 Antifas versammelt. Polizeichef Uhrig antwortete auf direkte Befragung einigen Antifas, daß die Polizei nicht gleichzeitig überall sein könne und sich wegen einer Bombendrohung nach Ohligs begeben hätte. Er habe keine marschierenden Nazis in Burg gesehen. Als kurz danach Verstärkung

der Polizei eintraf, eskortierte diese die acht Faschisten zu deren Fahrzeugen und gab ihnen freies Geleit.

Wir gehen davon aus, daß die Polizeiführung im Vorfeld von den Aktionen **beider Seiten** gewußt haben muß. Wir werden den Verdacht nicht los, daß es Absprachen zwischen Polizeiführung, Staatsschutz und FaschistInnen gegeben hat. Die Polizeiführung hat zugelassen, daß Nazis - unbehelligt von Polizei (und Antifas) - ihren geplanten Aufmarsch mit Fahnen, Fackeln und Trommelwirbel (s.u.) durchführen konnten.

1. Wenn das Treffen der Nazis in Solingen-Wald abgesagt war, warum wurde bereits am 25.11.95 eine Einsatzhundertschaft aus Wuppertal in Solingen „stationiert“?

2. Warum wurde die Einsatzhundertschaft nach der Gegendemonstration in Solingen-Wald nicht zurück nach Wuppertal beordert?

3. Warum beschränkte sich die Polizei darauf, am Hause Kochs und dem Friedhof präsent zu sein? Eine Einsatzhundertschaft ist mobil und könnte andere mögliche Treffpunkte für Naziaufmärsche inspizieren.

4. Die Einsatzhundertschaft hielt sich auf dem Galopa-Parkplatz (ca. 1 km von Unterburg entfernt!) auf. Ist dies nun ein Zeichen von Fahrlässigkeit im Umgang mit rechtsextremistischen Kräften oder eine gezielte Irreführungs- bzw. Verschleierungstaktik der Polizeiführung?

5. Die möglicherweise von Bernd Koch geladenen Nazis aus verschiedenen Städten der Bundesrepublik und aus Holland haben in aller Ruhe ihre geplante Gedenkfeier abgehalten. Erst am nächsten Tag (!) fand die Polizei 42 abgebrannte Fackeln und einen Kranz am Gefallenen-Denkmal in Höhrath.

6. Nehmen wir einmal an, die FaschistInnen sind gegen 16 Uhr von Unterburg losmarschiert, nach Oberburg, vorbei an hunderten „TouristInnen“, und weiter in Richtung Höhrath, haben sie vielleicht gegen 16.45 Uhr die Gedenkstätte erreicht. Dort „Feier“ ca. eine Stunde, Rückmarsch gegen 18.30 Uhr in Unterburg beendet. Wann genau hat der/die erste AugenzeugIn die Polizei benachrichtigt?

Wie viele Personen haben die Polizei tatsächlich informiert?

7. Zwischen 17 Uhr und 17.30 Uhr gehen bei der Polizei zwei Anrufe ein:

- In Burg marschieren „Skins“.

- Bombenalarm in Ohligs.

Könnte man einen Zusammenhang (nicht) vermuten?

8. Die erste Polizeistreife traf nach Passantinnen-Anruf ca. 45 Minuten später in Burg ein (ca. 18.10 Uhr). Nach ca. 20 Minuten ist dann kein einziger Polizist mehr zu sehen. Ca. 10 Minuten später treten ca. 50 Nazis aus dem Wald (Parkplatz).

9. Die Polizei leugnete bis zum 28.11.1995, daß es einen Nazi-Aufmarsch gegeben hat. Erst auf Nachfragen von Antifas und Presse bequemt sich die Polizeiführung, über die Vorgänge zu unterrichten.

Die Polizeiführung sieht offenbar in einem Nazi-Aufmarsch kein strafbares Verhalten. Unseres Wissens muß jede Demonstration polizeilich angemeldet werden. Dann hätte die Polizei davon gewußt (auch den Ort des Geschehens!) und die Aktion der FaschistInnen nicht dulden dürfen, sondern verbieten müssen und den trotzdem stattgefundenen Nazi-Aufmarsch unterbinden müssen.

Könnte es sein, daß die Polizeiführung im berühmten-berüchtigten Brandanschlag - Solingen eine Konfrontation zwischen Faschos und Antifas verhindern wollte, um das angeschlagene Image einer Stadt, in der es angeblich „keine rechte Szene“ gibt, nicht weiter zu beschäftigen?

Das Info-Telefon der FaschistInnen im Rheinland mit Düsseldorfer Telefonnummer gab bekannt: Am 26.11.95 sind 100 Kameraden aufmarschiert mit Fackeln und Trommeln. Ein Kamerad aus Holland und Wolfgang Narath, langjähriger Vorsitzender der Wiking-Jugend, und wir haben Reden gehalten und bei Fackelschein und Trommelwirbel das Lied gesungen „Ich hatte einen Kameraden“. Die Aktion war ein voller Erfolg. Wir haben ungehindert von Polizei und Gegnern agiert.

Diese Meldung ist unseres Erachtens der Kommentar, der unsere Zweifel bestärkt bzw. unsere Fragen Berechtigung verleiht.

Wir fordern daher von Seiten der Polizei lückenlose Aufklärung und Information der Solinger BürgerInnen.

Solinger Appell

März 1996, Untere Wernerstraße

Ein Betonpodest mit Natursteinen. Darin erhöht: Ein Sockel mit einer Inschrift. Der Brandgeruch weht noch herüber. Ein kleiner Steinsockel neben einem riesengroßen Loch - mit stabilem Brückengeländer geschützt. Das Loch: Eine Mauer neugezogen rechts, darunter alte Gebäudewände. Links: Ein schroffer Abgrund von Stein ab der Garage des Nachbarn. Steinmassive wie Bunker im Krieg. Der freie Blick aufs Bärenloch, aber dabei noch störend eine Reihe Bäume. In denen haben die Kinder gespielt. Wie ein Beobachterposten, direkt hinter dem Gitter fällst du in das Loch, eine Wunde die niemand fassen kann - Aber bewußt kein Mahnmal, eben eine Baulücke. Ein kleines Metallschild 30 mal 20 cm: "Am 29.Mai 1993 starben an dieser Stelle 5 türkische Frauen und Mädchen bei einem ausländerfeindlichen Brandanschlag. Wir werden das nie vergessen können". Am grünen Maschendrahtzaun angebracht. Völlig verknittert, hat wohl ein Nazi im Vorbeigehen mal kurz gegengetreten.

Krabat



Abgerissen und vergessen !

torturo

Haus & Kurierdienste

Ab dem 1.3.96 wird es in Solingen ein Dienstleistungsunternehmen geben, wie es die Stadt noch nicht gesehen hat. - torturo - Haus & Kurierdienste

Fon: 0172/2109254 von 9.00 - 18.00 Uhr außer Sonntag

Ich versuche Sie, meine Kunden, in jeder Hinsicht, was kurzfristige Lieferungen innerhalb der Stadt und der angrenzenden Orte oder kleinere Arbeiten in Ihrem Haushalt, die Sie sich nicht selber zutrauen, in jeder Hinsicht zu befriedigen. Für Lieferungen innerhalb von Solingen nehme ich 18,- DM + Mwst. Für Lieferungen, die nach außerhalb gehen, 1,80 DM + Mwst. pro km. Für Arbeiten im Haushalt nehme ich 25,- DM inkl. Mwst./Stunde.

Interview mit der Initiative „Den Krieg überleben“

„Deutsche Beiträge“ zum friedlichen Zusammenleben aller Menschen auf der Welt verändern sich mit rasanter Geschwindigkeit in die Richtung der offen militärisch geführten Konfliktlösung und weg von humanitären Hilfen. Ein gutes Beispiel dafür ist der Umgang mit den bosnischen Kriegsflüchtlings: Kaum war der Beschluß zum Kampfeinsatz der Bundeswehr in Bosnien gefasst, wurde auch schon die Ausweisung der bosnischen Kriegsflüchtlinge beschlossen. Am 26.1.96 einigten sich die Landesinnenminister auf einen Stufenplan zur „Rückführung“ der Kriegsflüchtlinge in das ausgebombte und von geschürtem Hass zwischen den Volksgruppen bestimmte Bosnien. Danach müssen ab dem 1. Juli 96 rund 200 000, und damit die meisten der insgesamt etwa 320 000 in Deutschland lebenden bosnischen Kriegsflüchtlinge mit ihrer Ausweisung rechnen. Davon sind alleinstehende Erwachsene sowie Ehepaare ohne Kinder betroffen. Ausgenommen von der Abschiebung zum 1. Juli sind seelisch beeinträchtigte Personen, mindestens 65 Jahre alte Flüchtlinge ohne Familie in Bosnien, aber mit aufenthaltsberechtigten Verwandten in Deutschland, Zeugnissen in Kriegsverbrecherprozessen und Jugendliche, die hier kurz vor Abschluss ihrer Ausbildung stehen. Diese sollen dann in der zweiten Phase -Mitte nächsten Jahres- ausgewiesen werden. Geplant ist die Abschiebung aller bosnischen Kriegsflüchtlinge. Am 8.2.96 beschloß der Bundestag zusätzlich mit den Stimmen von CDU und SPD eine weitere Verschärfung der Situation der hier lebenden

AsylbewerberInnen. Künftig erhalten diese für die Dauer des gesamten Asylverfahrens nur Sachleistungen oder 80% des Sozialhilfesatzes. Arztbesuche werden auf eine medizinische Notversorgung eingeschränkt.

Während der Gesetzgeber immer neue Initiativen zur beschleunigten Abschiebung und zur Abschreckung von Flüchtlingen beschließt, gibt es auch in Solingen einige Gruppen die den Flüchtlingen helfen.

Die tacheles führte ein Interview mit der Solinger Initiative für die Opfer des Krieges auf dem Balkan „Den Krieg überleben“. Die Initiative organisiert Hilfsgütertransporte nach Bosnien, Kroatien und Restjugoslawien und betreut hier lebende Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien u.a. bei deren oft schwierigen Auseinandersetzungen mit dem Solinger Ausländeramt.

tacheles: Seit wann gibt es die Initiative und worin besteht Eure Arbeit?

Die Initiative hat sich im September 1993 gegründet und besteht aus einer Gruppe von Menschen, die versuchen möchten, die Not der Opfer des Balkankrieges zu lindern. Wir arbeiten in Kooperation mit dem Caritasverband, der uns organisatorisch unterstützt. Alle MitarbeiterInnen arbeiten auf ehrenamtlicher Basis und bringen Erfahrungen aus früheren Tätigkeiten mit. Zwei Mitarbeiter haben an freiwilligen Einsätzen in Flüchtlingslagern im ehemaligen Jugoslawien teilgenommen. Nachdem im Frühjahr '92 die Grenzen für bosnische Kriegsflüchtlinge geschlossen worden sind, haben sich bundes-

weit Initiativen gebildet, deren Ziel darin bestand, den Menschen einen Aufenthalt im sicheren Deutschland zu ermöglichen. Dies erwies sich allerdings als eine sehr schwierige Aufgabe, so daß sich die Arbeit im Laufe der Jahre verlagerte. Eine der Hauptaufgaben ist es nun, den Opfern des Krieges hier in Deutschland behilflich zu sein. Wir bieten öffentliche Beratungen in den Räumen der Caritas an, laden ReferentInnen zu bestimmten Fragestellungen wie Arbeits-, Sozial- und Ausländerrecht ein. Darüberhinaus organisiert die Initiative in Zusammenarbeit mit dem Caritasverband Solingen Hilfstransporte für Flüchtlinge und Vertriebene im ehemaligen Jugoslawien. Wir unterstützen in drei Ländern des ehemaligen Jugoslawien, die völkerrechtlich anerkannt worden sind, jeweils ein Projekt. Dabei beziehen wir Positionen für die Opfer und nicht für die Politik des jeweiligen Landes.

tacheles: Was sind das für Projekte?

In Serbien unterstützen wir ein Projekt, das vergewaltigten Frauen, gleich welcher Nationalität, Hilfe anbietet. Diese Arbeit wird finanziell unterstützt. Einen Teil der gesammelten Hilfsgüter geht an Gornji Vakuf in Bosnien, um dort der teils muslimischen, teils kroatischen Bevölkerung beim gemeinsamen Aufbau der Stadt behilflich zu sein. Die andere Hälfte der Güter wird in die Region Karlovac (Kroatien) gebracht.

tacheles: Wieviele Mitglieder hat die Initiative?

Etwa 20 Personen sind aktive Mitglieder wobei bei Bedarf ein wesentlich größerer Personenkreis ansprechbar ist, der sich zu einem sehr großen Teil auch aus Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien zusammensetzt.

tacheles: Welche Nationalitäten betreut Ihr?

Unsere Arbeit ist nicht auf bestimmte Nationalitäten beschränkt. Es wird immer wieder, gerade durch die Darstellung in den Medien vergessen, daß mehr als drei Nationalitäten von dem Krieg betroffen sind. Wir setzen uns für die Opfer des Krieges auf dem Balkan ein!

tacheles: Welche Erfahrungen habt Ihr mit den MitarbeiterInnen des Ausländer- und Sozialamtes gemacht?

Das Verhalten der SachbearbeiterInnen dieser Ämter ist sehr unterschiedlich. Es gibt nette und hilfsbereite MitarbeiterInnen aber auch sehr unangenehme, die recht wenig Verständnis für die vom Krieg betroffenen Menschen aufbringen. Es gibt Fälle, da werden die KlientInnen weder begrüßt noch wird ihnen ein Stuhl angeboten. Teilweise wird sehr unhöflich diskutiert oder sogar die Tür gewiesen. Manchmal ähneln die Metho-



Garten

Thomas Wendt
Odentaler Weg 225
42659 Solingen

Pflege und Gestaltung

Telefon
81 73 73



Die Initiative „Frauen in Schwarz“ bei einer Demonstration. Die Übersetzung: 250000 Getötete – 80% davon Zivilisten – Bosnien soll leben – Zum Krieg gibt es eine Alternative

den und Fragen der SachbearbeiterInnen denen der Polizei. Es ist vorgekommen, daß der Paß einer Übersetzerin fotokopiert wurde, um hinterher feststellen zu können, wer nun über den speziellen Fall Bescheid weiß. Teilweise merkt man den MitarbeiterInnen aber auch an, daß sie angesichts der geschilderten Erlebnisse Mühe haben, ihre Fassung zu bewahren.

tacheles: Könnt Ihr uns konkrete Fälle schildern?

Ein Mitarbeiter des Sozialamtes drängte einen Flüchtling, der eine Hirnoperation hinter sich hatte den obligatorischen Deutschkurs zu absolvieren, obwohl dieser Mann kaum noch der eigenen Sprache mächtig war. Er scheute sich nicht einmal, mit dem Entzug der Sozialhilfe zu drohen. Von solchen Schwierigkeiten sind vor allem die in Heimen wohnenden Flüchtlinge betroffen. Menschen, die privat untergebracht sind scheinen von solchen Problemen ausgenommen zu sein.

tacheles: Wie lange werden die Flüchtlinge geduldet?

Die meisten bosnischen Flüchtlinge bekommen eine Duldung, die bedeutet, daß die drohende Abschiebung für den Zeitraum eben dieser Duldung ausgesetzt wird. Die Duldung dauert in der Regel sechs Monate, aber nur unter der Voraussetzung, daß ein bosnischer Paß vorgelegt wird, ansonsten wird die Duldung wochen- oder monatsweise ausgesprochen. Der Paß ist zudem sehr teuer, er kostet ca. DM 400 pro Person und diese Kosten werden nicht immer vom Sozialamt übernommen. Da sich nicht jeder Flüchtling mit dem hinter diesem Paß stehenden Staat identifizieren kann, besitzen einige Flüchtlinge diese Papiere nicht.

tacheles: Warum verlangen die deutschen Behörden die Vorlage des bosnischen Paß?

Es geht wahrscheinlich darum, ganz klar festzustellen, wer Serbe/in, Kroat/in etc. Also zu klären, wer überhaupt ein Anrecht hat hier zu sein.

tacheles: Erhalten die Flüchtlinge Gutscheine?

Normalerweise gibt es keine Gutscheine mehr. Wenn dem/der SachbearbeiterIn allerdings irgendetwas suspekt erscheint, so liegt die Ausgabe von Gutscheinen offensichtlich im Ermessen des/der Mitarbeiter(s)/in. In Einzelfällen gelten die Gutscheine nur für die nächsten zwei oder drei Tage, was sachlich nicht nachzuvollziehen ist, da die Duldung ja meist einen längeren Zeitraum beinhaltet.

tacheles: Wie beurteilt Ihr die Situation der Flüchtlingsheime?

Die Zustände in den Heimen sind sehr unterschiedlich. Die Heime auf der Hoch- und Freiligrathstraße sind sehr gepflegt. Das Heim auf der Haanerstraße dagegen ist viel zu klein und feucht. Auf der Nippesstraße waren die Zustände vor einem Jahr katastrophal. Zehn Familien haben sich dort eine Küche geteilt.

tacheles: Die Bundesregierung hat geplant, die Duldung auslaufen zu lassen. Die ersten Flüchtlinge sollen im Juli abgeschoben werden, und zwar der Personenkreis, der keine eigenen Kinder hier hat. Wie steht Ihr dazu?

Es ist notwendig, daß die Orte in die abgeschoben wird, genau unter die Lupe genommen werden. Auch Alleinstehende können nicht ohne weiteres abgeschoben werden. Die Kriegserlebnisse sind zum Teil so hart, daß die Flüchtlinge – zumindest nicht ohne Begleitung und Hilfe – zurück wollen. Ein Flüchtling mit Kriegstrauma teilte uns mit, wenn er zurück müsse, werde er sich erschießen. Zu bedenken ist außerdem, daß die Hälfte der derzeitigen EinwohnerInnen Bosnien

- Hercegowinas Flüchtlinge im eigenen Lande sind.

tacheles: Wie geht ihr mit dieser Situation um?

Wir versuchen, die Flüchtlinge nicht mit ihrer Angst alleine zu lassen, wir begleiten sie durch Gespräche und versuchen Informationen über die Situation in den Heimatgebieten zu bekommen. Bei sehr traumatisierten Personen ziehen wir einen hier selbst als Flüchtling lebenden Neuropsychotherapeuten hinzu. Obwohl deutsche SozialarbeiterInnen mit den genannten Problemen besonders sprachlich, völlig überfordert sind, wird diesem Neuropsychotherapeuten keine Arbeit in seinem Bereich ermöglicht.

tacheles: Sind momentan schon Abschiebungen erfolgt?

Ja, nach Kroatien sind Abschiebungen erfolgt, da Kroatien als sicheres Drittland gilt. Desweiteren sind nicht nur BosnierInnen von Abschiebungen bedroht, sondern vor allem Menschen aus dem Kosovo und die Romaflüchtlinge. In den Medien wird die Lage dieser auch auf dem Balkan lebenden Menschengruppen stark vernachlässigt.

tacheles: Welche Forderungen habt Ihr an die Solinger Kommunalpolitik?

Wir fordern die Stadt auf, daß sie bezüglich der Rückführung, genau hinschaut, wer zurück geschickt werden kann und wer nicht. Desweiteren wünschen wir uns für die MitarbeiterInnen der Behörden eine gezielte Schulung, damit diese den oftmals sehr schwierigen Situationen besser gewachsen sind.

**Rübe,
Krabat
und Lillebror**

21. März - Europäischer Tag gegen Rassismus und Intoleranz

Am 21. März 1959 demonstrierten 30.000 Menschen in Sharpeville (Südafrika) gegen die verhaßten Paßgesetze des Apartheitsregimes. Diese Demonstration endete in einem Massaker an der schwarzen Bevölkerung, bei dem 69 Menschen im Kugelhagel der Polizei starben. Sieben Jahre später beschloß die 21. Generalversammlung der Vereinten Nationen, diesen 21. März zu einem internationalen Symboldatum zu machen, um gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einzutreten. Seit 1966 wird dieser Internationale Anti-Rassismus Tag in vielen Ländern begangen, wobei sich erst im August 1993 der Anti-Rassismus-Ausschuß der UN mit der Situation in Deutschland befaßte.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind die geistigen Wurzeln für Gewalttaten. Deshalb soll der 21. März daran erinnern, daß rassistische Diskriminierungen weltweit stattfinden, Rassismus in unserem Land eine grausame Geschichte hat, Ausgrenzung und Diskriminierung bis hin zu offenem Rassismus für Menschen in Deutschland Realität geworden ist, rassistische Denkstrukturen uns selbst beeinflussen.

Rassismus ist ein schwammiger Begriff, der am klarsten so zu definieren ist: Rassismus liegt im-

mer dann vor, wenn bestimmte Merkmale von Menschen (z.B. Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht u.s.w.) mit bestimmten Eigenschaften gekoppelt werden (z.B. wenn von der Herkunft auf die geistige, sexuelle oder kriminelle Energie o.ä. geschlossen wird) und durch diese Konstruktion eine Abwertung praktiziert wird.

Artikel 3 des Grundgesetzes besagt, daß alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und niemand wegen seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Doch die Realität sieht anders aus: Farbige werden gezielt kriminalisiert, in Restaurants werden sie häufig nicht bedient, trotz hochqualifizierter Ausbildung sind Farbige in bestimmten Positionen nicht vertreten, in vielen Bars und Diskotheken werden sie erst gar nicht reingelassen. Diese Liste ließe sich noch beliebig fortsetzen. Ein berühmtes, trauriges Beispiel war Antonio Amadeo, der 1990 in Brandenburg einem gezielt rassistischen Übergriff zum Opfer fiel. Aber auch die Magdeburger Krawalle und zahllose Übergriffe auf Asylbewerberheime führen diese Liste endlos fort.

Kurz nach dem Ende des 2. Weltkrieges verkün-

dete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. So heißt es in Artikel 1: Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen. Artikel 2: Jeder Mensch hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeine Unterscheidung, wie etwa nach Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler und sozialer Herkunft, nach Eigentum, Geburt oder sonstigen Umständen.

Der Internationale Tag gegen Rassismus und Intoleranz soll deshalb immer wieder darauf hinweisen, daß Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein Nährboden für Gewalt ist. Diese Gewalt gefährdet Demokratie und die Menschenrechte! Alle Menschen sind (nicht nur an diesem 21. März) dazu aufgerufen, engagiert gegen jede Form von rassistischem Denken und Handeln einzutreten.

Wer mehr tun will, kann sich engagieren. Das ist beispielsweise bei SOS-Rassismus Solingen e.V. möglich.



Mach mit!

Empfehlungen zum Energiesparen aus der Verbraucherberatung Solingen

Die Möglichkeiten, im Haus /in der Wohnung Energie zu sparen bzw. der persönliche Einfluß auf den Energieverbrauch im Haus/in der Wohnung ist in großem Maße abhängig davon, ob man Mieter oder Eigentümer der selbst genutzten Wohnung ist. Als Mieter ist man nicht in erster Linie verantwortlich für den Dämmstandard eines Hauses, für eine hohe Effizienz der Heizung usw.

Gleichwohl gibt's auch Möglichkeiten zum Energiesparen für Mieter. Zuerst einige Tipps:

Wenn die Temperatur in Ihrer Wohnung um nur ein Grad steigt, dann erhöht das den Brennstoffverbrauch um sechs Prozent. Thermostatventile sorgen für die Regelung der Raumtemperatur. Im Wohnzimmer reichen 20 Grad Celsius völlig aus. Im Bad muß es manchmal etwas wärmer sein; in Küche, Schlafzimmer und Flur genügen auch niedrigere Temperaturen. In jedem Fall gilt: Wird ein Raum zu bestimmten Zeiten nicht genutzt, runter mit der Temperatur.

Zwei- bis dreimal täglich sollten die Fenster für 5 bis 10 Minuten weit geöffnet und dabei möglichst Durchzug geschaffen werden. Nach dem Lüften wieder vollständig schließen. Im Winter

reichen 4 bis 6 Minuten und in der Übergangszeit etwa 15 Minuten. Auf die Warmwasserbereitung entfallen heute über zehn Prozent des Energieverbrauchs im Haushalt. Einsparmöglichkeiten: Warmwassertemperatur möglichst niedrig einstellen; Warmwasser möglichst sparsam nutzen. Studien haben ergeben, daß sich der Stromverbrauch im Haushalt ohne Komfortverlust etwa halbieren läßt. Zur Kontrolle Ihrer Sparmaßnahmen können Sie kostenlos Strommeßgeräte bei den Stadtwerken und in der Verbraucher-Zentrale entleihen. Beim Wäsche waschen wählen Sie möglichst das 60 Grad- oder gar das 30 Grad- Programm und stopfen Sie die Maschine möglichst voll, ohne sie zu überladen. Eine Waage hilft im Zweifelsfall. Ein Kühlschrank sollte möglichst kühl stehen. Und: Acht Grad reichen völlig aus, um Lebensmittel frisch zu halten.

Die folgenden Beispiele kosten wenig, amortisieren sich recht schnell und sind zum Teil in Eigenarbeit durchzuführen: Durch undichte Türen und Fenster gehen ca. 10 % der Heizenergie verloren. Davon läßt sich etwa die Hälfte durch einfache Maßnahmen einsparen: Meist hilft

schon das Abdichten von Ritzen und Fugen an Fenstern und Türen. Am einfachsten und schnellsten können Fenster mit selbstklebenden Schaumstoffstreifen abgedichtet werden. Die Dichtungen werden immer in den inneren Fensterfalz geklebt, damit sie vor Schlagregen und Flugschnee geschützt sind. Für verzogene Fenster mit breiten, ungleichmäßigen Ritzen eignet sich Silikonkautschuk, ein Fugendichtmaterial aus der Kartusche.

Wenn die Fenster einfachverglast sind, sollte man vor Beginn des Winters spezielle Kunststofffolien als zweite „Scheibe“ anbringen. Dies ist fast so gut wie eine herkömmliche Isolierverglasung und halbiert nahezu die Wärmeverluste durch das Fenster. Die Kosten liegen bei etwa 10 DM pro Quadratmeter Fensterfläche und werden schon in einer Heizperiode erwirtschaftet.

Die meiste Energie sparen Verbesserungen an der Heizungsanlage oder dem baulichen Zustand. Solche Maßnahmen sind nur in Zusammenarbeit mit dem Vermieter möglich. Wichtig dabei ist ein für beide Seiten (Mieter und Vermieter) sicherer rechtlicher Rahmen. Zu empfehlen ist z.B. eine Mustervereinbarung des Justizministeriums, welches Sie in der Beratungsstelle der Verbraucher-Zentrale, Werwolf 2, erhalten können.

Kostenlose Informationen und Beratung zum Thema erhalten Sie in der Energieberatung der Verbraucher-Zentrale Solingen (Werwolf 2, Tel.: 202874). Di: 10 - 13 Uhr und 14 - 17 Uhr; Do 10 - 13 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung. Zusätzlicher Beratungsservice: Do 14 - 18 Uhr. Herr Dipl. Ing. Heinz-Günter Röttger berät zu „Heizungssystemen/ Heizkostenabrechnung“ und Frau Dipl. Ing. Marion Großkamm zum Thema „Verbesserung des baulichen Wärmeschutzes“.

■ Impressum

tacheles - Zeitung für ein herrschaftsfreies und lustvolles Leben

Die Zeitung wird von dem Redaktionskollektiv herausgegeben.

Kontakt und Zuschriften:
Werwolf 57a, 42651 Solingen

Satz: TEXTART&DTP

ViSDP: Jürgen Müller

Bankverbindung:
Bank für Gemeinwirtschaft
Konto 241 545 6300
BLZ 330 101 11
Kontoinhaber ist F. Prinz

Stadtgeflüster

Café

Snacks Frühstück Kuchen Pfannekuchen Griechisches Gebäck

Hauptstraße 9 · 42651 Solingen · Telefon 0212/10568

Öffnungszeiten:

Mo. bis Sa 7.30 Uhr bis 22.00 Uhr,
So. & Feiertage 10.00 bis 21.00 Uhr

Neue Innerlichkeit: Von Gurus, Meistern und spirituellen Zentren in Solingen

Kein Zweifel: Wir leben in einem religiösen Zeitalter. Zu viele Beweise für eine Neue Innerlichkeit liegen vor. Die Formen spiritueller Praxis faszinieren auf eine Weise, daß man von einer epochalen Wende sprechen muß. Noch bis in die 70er Jahre hinein sprach man kaum von Innerlichkeit. Man lebte im Wahn alles zu können und alles zu dürfen: das Weltall zu erobern, auf dem Mond herumzuspazieren... Inzwischen sind die Menschen völlig desillusioniert. Man muß der Wahrheit ins Auge schauen: Wissenschaft und Technik haben uns vor einen verschlingenden Abgrund geführt. Unser Planet gleicht einem Schiff, das auf einem reißenden Fluß immer schneller auf eine Felsklippe zutreibt, an der es zu zerschellen droht. Die Atomreaktorkatastrophe von Tschernobyl und die Chemiekatastrophe von Sandoz/Basel sind Rauchzeichen einer vergangenen und nichtigen Hoffnung geworden.

Je mehr die Hoffnungen zerbrochen sind, um so mehr wird sich dem zugewandt, was man seit alters her "die Seele" nennt. Man erwartet Rettung von innen, vom Spirituellen, von einer Rückführung des Menschen an seinen tieferen Grund. Dabei trifft man auf eine ganze Angebotspalette von spirituellen Wegen: Von New Age über Reiki, Yoga bis Feldenkrais u.a. Wer oder was sich hinter diesen Angeboten versteckt ist vielen Menschen jedoch unbekannt. So will die folgende Artikelserie, in dieser und in den nächsten Ausgaben, versuchen, die verschiedenen Phänomene, die es in Solingen gibt, darzustellen und somit Hilfen zur "Unterscheidung der Geister" anzubieten. Diese Auseinandersetzung soll in einem freien Geist und in der Achtung vor fremder Religiosität geschehen sowie in der Bereitschaft, zu lernen und sich selbst zu korrigieren.

■ Das Zen-Dojo Solingen

Fangen wir also mit dem Zen-Dojo in Solingen an. Zunächst einmal, was eigentlich ist Zen? Und was bedeutet das Wort Dojo? Heinz-Jürgen Metzger, ein Lehrer und seit 11 Jahren praktizierender Zen-Mönch klärt mich darüber auf: "Zen ist Zazen, wobei Za Sitzen und Zen Meditation, Konzentration bedeutet. Dabei läßt man die Bilder, die Gedanken und alle geistigen Gebilde, die aus dem Unbewußten auftauchen vorbeiziehen wie die Wolken am Himmel - ohne sich ihnen zu widersetzen, ohne sich an sie zu klammern. Einfach Hier und Jetzt. Diese Form der Meditation geht auf Buddha zurück und nennt sich Shikantaza (Nur Sitzen). Jegliche Hilfsmittel wie Koans werden hierbei nicht gebraucht. Nach Europa gekommen ist diese Form der Meditation durch den japanischen Zen-Meister Taisen Deshimaru, Ende der 60er Jahre. Seit seinem Tod 1982 führen seine engsten Schüler/innen die Unterweisung fort."

Und was bedeutet das Wort Dojo? "Ein Dojo", so erläutert mir Heinz-Jürgen, "ist der Ort an dem Zazen geübt wird." Das Zen-Dojo, so erfahre ich im Laufe des Gesprächs, wird getragen von einem eingetragenen, gemeinnützigen Verein, der 20 Mitglieder umfaßt. Darüber hinaus gibt es ein Umfeld von ca. 10 Personen, die mehr oder weniger regelmäßig praktizieren. Ge-

gründet wurde die Gruppe 1985. Welche Menschen kommen hierher, und worin liegt ihre Motivation? "Das sind sehr unterschiedliche Men-



Heinz-Jürgen vom Dojo...

schen", sagt Heinz-Jürgen. "Von jemandem, der für eine Brotfabrik Brot ausfährt bis zum Unternehmensberater, Leute also, die normalerweise in anderen Umfeldern gar nicht zusammenkommen würden." Die einzelnen Motivationen zu beurteilen findet Heinz-Jürgen schwierig, glaubt aber, "daß ein auslösender Faktor zunächst einmal eine Unzufriedenheit ist. Das kann z.B. ein-

fach sein, daß jemand Stille um sich herum haben will. Aber ich glaube, daß da ein tieferes Bedürfnis hintersteckt. "Welches Bedürfnis?" Ein religiöses Bedürfnis in dem Sinne, daß man im Zazen mit Dimensionen des Lebens in Berührung kommt, die im Alltag zugeschüttet sind. Beispielsweise erlebe ich, wenn ich mit anderen Menschen sitze und schweige eine tiefe Gemeinschaft, die jenseits von Handlungen und Worten liegt. Im Alltag sind wir gewohnt zu unterscheiden, zu bewerten. Ich glaube, daß wir im Zazen genau diesen unterscheidenden Geist los werden und Raum geschaffen wird für das Gemeinsame."

Als Redakteur einer politischen Zeitung interessiere ich mich natürlich auch für die sozial-politische Perspektive des Zen-Dojos. "Dies ist ein Bereich, den wir stärker entwickeln müssen", gibt Heinz-Jürgen zu, wobei er hiermit insbesondere neue Formen sozialer Arbeit meint. Hintergrund seiner Überlegung ist die Einsicht in die Notwendigkeit, nicht nur gemeinsam zu meditieren, sondern auch gemeinsame Arbeitsfelder zu entwickeln. Denn es ist seiner Meinung nach wichtig, auch im Alltag Achtsamkeit und Konzentration zu üben und nicht nur im Dojo. Gemeinsames Arbeiten in einem sozialen Projekt soll hierfür eine Stütze sein. Allerdings gibt er zu

bedenken, "daß in Solingen die Basis dafür viel zu gering ist. Denn es muß genug Leute geben, die wissen, daß Zazen ihr Weg ist und diesen auch bis zum letzten durchgehen. Wenn man so etwas machen will, muß das deutlich über Solingen hinausgreifen. Da kann Solingen nur als Zentrum wirken." Dagegen lehnt er politische Aktionen des Zen-Dojos ab.

Eine kleine Bemerkung: Es gibt keine individuelle Innerlichkeit. So sehr jeder den Weg in sein Inneres gehen und sich in tiefstem Beisein erleben soll, so sehr muß er in den sozial-politischen Bereich ausgreifen. Deshalb halte ich ein soziales Engagement für sinnvoll. Jedoch ist die Frage, ob dies alleine genügt, da soziale Ungerechtigkeiten ihre Ursachen ja auch in politischen und wirtschaftlichen Strukturen haben. Soziales Handeln erfordert meines Erachtens

auch die Notwendigkeit Optionen zu treffen für die Ausgeschlossenheit unserer Gesellschaft. Dies hat dann aber auch zur Konsequenz politisch zu sein. Wer Lust hat Zazen zu üben, der kann bei Heinz-Jürgen gerne einmal anrufen (Tel: 200339).

■ Vom Pop-Idol zum Wahlhelfer

Cat Stevens unterstützt Islamisten beim Wahlkampf in der Türkei

Viele summen seine Melodien immer noch vor sich hin, wenn sie in Gedanken versunken sind und sich an die alten Zeiten erinnern. Sein Song „Father & Son“ ist gerade in einer Cover-Version wieder in den Charts - doch eigentlich gibt es den Komponisten dieser Lieder schon lange nicht mehr. 1977 wurde aus dem Popstar Cat Stevens der Muslim Yusuf Islam.

Als Cat Stevens war er der ewig nach dem Heil- und der Beantwortung aller Fragen- Suchende, der dies mit seiner Musik, welche von der Suche nach dem „richtigen Weg“ handelte, reflektierte. Nachdem er durch eine christliche Erziehung geprägt, sämtliche Exzesse, die ein Mensch nur erleben kann erlebt hatte und der Buddhismus und seine hinduistischen Yoga-Übungen ihm auch keine Erfüllung mehr schenken, fiel ihm der Koran in die Hände. Gegenüber diesem hatte er aber zunächst arge Vorurteile, denn für ihn waren Muslime Heiden und Feinde, da sein Islambild durch christliche Kreuzzüge gegen diese, und vor allem durch die griechische Herkunft seines Vaters geprägt war. Doch irgendwie überwand er diese Abneigung gegen den Islam und begann, den Koran zu lesen und fand so seine lang ersehnte Erfüllung.

Der Koran beinhaltet genauso Geschichten über seine ihm so wichtigen christlichen Propheten, wie z.B. Johannes und sogar Jesus, wie auch wissenschaftliche Erkenntnisse, welche erst lange nach Entstehung des Korans gewonnen worden sind. Auch ansonsten empfindet Cat Stevens den Koran in sich so stimmig, daß dieses Buch für ihn ein Phänomen darstellt, welches er sich nicht anders als „von Gott gegeben“ vorstellen kann. Die einzig logische Konsequenz aus dieser Erkenntnis ist, daß der Koran die einzige Wahrheit beinhaltet und Cat Stevens endlich sein Heil gefunden hat. Etwas zögerlich, aber letztendlich

fest entschlossen wurde er Muslim, indem er den dafür notwendigen Schwur in einer Moschee leistete.

Seitdem sind nun fast zwanzig Jahre vergangen und seitdem lebt Yusuf Islam nach islamischen Regeln, alle Maßregelungen dieser Religion sind für ihn im Koran so plausibel begründet, daß er sie als absolut notwendig ansieht und wer als Moslem diese Gesetze mißachtet muß auch dafür bestraft werden. Denn ein Moslem hat Glück ein solcher zu sein und wenn er dieses nicht zu schätzen weiß, muß er teilweise auch mit Gewalt auf die Vorzüge seiner Religion hingewiesen werden. Auch wer kein Moslem ist und sich zu sehr gegen islamische Gesetze stellt, hat mit Strafe zu rechnen.

So rechtfertigt Yusuf Islam unter anderem auch den Aufruf, Salman Rushdi zu ermorden. Yusuf Islam kann den Koran auswendig und ad hoc jede Stelle zitieren und übersetzen, obwohl er gar kein Arabisch kann. Nicht nur textlich, sondern auch seelisch hat er diesen vollkommen verinnerlicht und für sich als seinen Weg zum Glück erkannt und ist dabei eigentlich kein Fanatiker. Leider ist er nur sehr unkritisch geworden, denn er lebt nach dem Grundsatz: Beschäftige Dich nicht mit Dingen, die Du anzweifeln, sondern mit denen, die Du nicht bezweifeln! Der Koran bleibt für ihn unumstritten und mit Sachen, die er nicht versteht und die er sich nicht erklären kann beschäftigt er sich gar nicht erst: A... wird das schon richten! Ihm hat der islamische Glauben den Frieden und Einklang mit sich selbst gebracht, er braucht keine Lieder mehr zu schreiben, weil er diese nur geschrieben hatte um seine ewige Sucherei zu kompensieren - und das ist ja auch schön und gut für ihn.

Doch aufgrund seiner Popularität scheint sein

Glaubenswandel nicht allein seine Privatsache zu sein. Stattdessen wird er als Prototyp des westlichen Menschen, der zum Islam konvertiert ist, gehandelt und als *missionarisches Zugpferd* gebraucht. Beim jüngsten Wahlkampf in der Türkei z. B. trat er für die islamistische Wohlfahrtspartei öffentlich auf. Außerdem ist er korankundiger als mancher gebürtige Moslem und dient als westlicher „Überläufer“ zur Erbauung, gerade der jungen islamischen Generation. In letzter Zeit war er deshalb verschiedentlich auch in der deutschen Öffentlichkeit zu hören und das vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil Yusuf Islam erstmals seit 17 Jahren wieder eine CD aufgenommen hat. - Mit Koranversen versteht sich und nur mit seiner Stimme und Percussion Instrumenten, weil kaum andere musikalische Mittel erlaubt sind. Nun, diese CD kann man überall kaufen und sie beinhaltet auch eine deutsche Übersetzung der rezipierten Verse. Bleibt die Frage, welchen Wert es hat, Popularität anstatt Überzeugungskraft einzusetzen?

Letztendlich ist Yusuf Islam natürlich auch ein gutes Beispiel für die Offenheit gegenüber fremden, ethnischen und religiösen Gruppen. Yusuf Islam scheint diese auch noch nicht ganz verloren zu haben, denn er räumt auch ein, daß jeder seinen Weg finden müsse

Kah



Wenn wir für Sie arbeiten, stehen Sie nicht im Wald!

Kompletter Service in der Herstellung von Büchern, Zeitungen, Plakaten und mehr.

TEXTART DTP-Service
Fon & Fax 02 12 / 5 01 87

Wir sind ja soooo günstig...

■ Über die Grenze gehört Lokalradios unserer Nachbarn

Radiostationen, die weder dem kommerziellen, noch dem öffentlich-rechtlichen Sektor zuzuordnen sind, haben in den letzten Jahren in vielen Ländern einen wahren Boom erfahren, der in jeder Hinsicht an Deutschland vorbeiging: Weder wurden hier entsprechende Sender lizenziert - sieht man von Radio Dreyeckland in Freiburg und wenigen anderen ähnlichen Stationen einmal ab - noch wurde dieser internationale Prozeß ernsthaft zur Kenntnis genommen oder gar der Versuch unternommen die Radiolandschaft dieser internationalen Entwicklung zu öffnen. In Deutschland wurden „Lokalradios“ lizenziert, deren Zweck darin besteht, Gewinne zu erwirtschaften. Welche Möglichkeiten über diese „gefunkteten Werbeblättchen“ hinaus im Medium Lokalradio stecken, verdeutlicht ein Blick über die deutschen (Radio-) Grenzen.

Andere Länder - andere Radios... Das Beispiel Niederlande

Radio-Selber-Machen hat in den Niederlanden eine lange Tradition. Es fing in den zwanziger

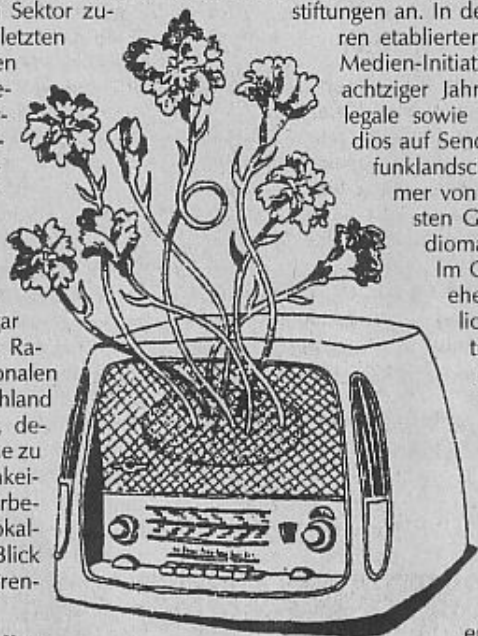
Jahren mit den unterschiedlichsten Rundfunkstiftungen an. In den sechziger Jahren etablierten sich zahlreiche Medien-Initiativen und ab den achtziger Jahren gingen viele legale sowie illegale Lokalradios auf Sendung. Die Rundfunklandschaft wurde immer von unterschiedlichsten Gruppen und Radiomachern geprägt. Im Gegensatz zu der eher obrigkeitstaatlichen Rundfunktradition hatte das niederländische Rundfunksystem vor allem eine Koordinationsfunktion. Auf der Grundlage einer vertikal gegliederten Gesellschaft entwickelten sich Rundfunkvereine und Stiftungen. Über dreißig Organisationen haben in diesem kleinen Land eine Sendeerlaubnis - daneben gab es bis Anfang 1990 eine Unzahl

von Privatsendern mit den unterschiedlichsten Ansprüchen und Hörerreichweiten (vom nicht-kommerziellen Initiativradio bis hin zum rein-kommerziellen Popmusik-Dudelfunk). Spätestens seit den sechziger Jahren hat es in den Niederlanden eine sehr lebhaft Alternativmedienszene als Gegenbewegung zu den institutionalisierten Massenmedien gegeben. Hausbesetzer, Frauen, Anhänger von sozialen Bewegungen und andere Gruppen bildeten themengebundene Medieninitiativen. Mitte der siebziger Jahre verschob sich der Akzent dieser Initiativen auf nicht-themengebundene lokale Medien. Etwa fünfzehn dieser Initiativen gründeten im Dezember 1981 die OLON, Organisation van Lokale Omroepen in Nederland (Organisation des lokalen Rundfunks in den Niederlanden). Basis dieser Radioinitiativen sind nicht mehr gemeinsame Themen, sondern die unterschiedlichsten Interessen innerhalb einer Gemeinde. Die OLON finanziert sich aus bezahlten Serviceleistungen, Parlamentszuwendungen, Mitgliedsbeiträgen sowie aus dem Verkauf einer eigenen Zeitschrift. Sie versteht sich als „Gewerkschaft für die lokalen Rundfunkstationen“ und kämpft auf politischer Ebene für die Interessen der Lokalfunker, hilft neuen Lokalfunkinitiativen beim Lizenzantrag und vermittelt Wissen und Erfahrungen mit dem Umgang des Mediums. Großen Einfluß hatte die OLON auf die Gestaltung des derzeit geltenden Mediengesetzes von 1987. Kernpunkte dieses Gesetzes sind:

- Die Finanzierung: Sie muß durch lokale Mittel gewährleistet sein. Werbung und Kommerzialisierung sind strikt untersagt.
 - Die Organisation: Lokalradio muß repräsentativ organisiert sein. Alle sozialen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der Gemeinde müssen vertreten sein.
 - Die Programmgestaltung: Alle Gruppen der Gemeinde müssen Zugang zum Lokalsender haben.
 - Die Anzahl: Pro Gemeinde wird nur ein Lokalsender lizenziert.
- Es folgen im Text nun Beispiele nicht-kommerzieller Lokalradios in den Niederlanden.

SALTO-Amsterdam

In der niederländischen Hauptstadt sendet neben kommerziellen Privaten und dem Bewegtungsradio „Radio 100“ die Lokalrundfunkorganisation SALTO. Das Lokalradio in Amsterdam ist ein bedingt offenes Gruppenradio für das SALTO den organisatorischen Rahmen bildet, d.h. es werden zeitlich begrenzte Unterlizenzen an unterschiedliche Radiogruppen vergeben: Kirchen, Hausbesetzer, Homosexuelle, Türken und andere. Verantwortlich für die Sendung sind die jeweiligen



Andere hören Radio,
Sie machen
die Sendung!



Die Radiowerk-
statt der Volks-
hochschule
Solingen bringt
Sie ins Radio!

**RADIO
WERKSTATT**

Telefon: 20 84 58
oder 290-24 70

vhs
Solingen

Gruppen. Einzelne Mitarbeiter von SALTO sind festangestellte bezahlte Kräfte - darüber hinaus arbeiten 500-600 Menschen aus den Radiogruppen ehrenamtlich. Unterstützt wird SALTO u.a. mit einer jährlichen Spende von dem Amsterdamer Kartellbetreiber KTA in Höhe von hfl 150.000. Der durchschnittliche Jahresetat der Radiogruppen beträgt insgesamt ca. hfl 30.000.

LOG - Lokale Omroep Goirle

In einer ehemaligen Glühlampenfabrik in der Wohngemeinde Goirle befindet sich das Lokalradio. Einmal jährlich wählen die Mitglieder von LOG den sechsköpfigen Vorstand und stimmen über die Programmgestaltung ab. Mitglied von LOG kann jeder werden - wer jedoch aktiv mitarbeiten möchte, muß zunächst einen bestimmten Betrag als Pfand hinterlegen. Dann bekommt er eine fundierte Ausbildung. Absolventen dieser Kurse verdienen später oft ihr Geld als Mitarbeiter des nationalen Rundfunks Hilversum. Nach dieser Ausbildung müssen die neuen Mitarbeiter mindestens zwei Jahre bei LOG mitwirken - sonst verfällt das eingezahlte Pfand zugunsten des Senders. Die aktiv mitwirkenden Mitglieder sind auf zwei Gruppen aufgeteilt: Etwa 40 sind für die Technik zuständig und 30

gestalten das Programm; aufgeteilt nach den Themengruppen: Politik, Milieu, Soziokulturelles, junge Menschen, Sport und Nachrichten. Jeder vierte Einwohner von Goirle ist bei LOG Mitglied. Programme von, für oder mit ethnischen Minderheiten gibt es bei LOG nicht. Versuche, ausländische Mitbürger zur Mitarbeit zu bewegen, scheiterten. Für Außenstehende gibt es jeden Sonntag von 12 - 13 Uhr die Möglichkeit eine Sendung frei zu gestalten.

Radio Rataplan - Nijmegen

Radio Rataplan ist ein Piratensender mit Lokalradiofunktion. Den Namen "Rataplan" hat sich dieser Sender nach dem ewig faulen Hund des Comic-Helden Lucky Luke gegeben. In Bolivien ist Rataplan die Bezeichnung für Dorfumrufer. Entstanden ist Radio Rataplan als Hausbesetzer-Radio. Etwa 100 Menschen arbeiten aktiv beim Sender mit.

Die Themen sind breit gefächert: Viele Informationen, Aktuelles und Hintergründe aus Nijmegen, Kunst und Kultur. Musikgruppen aus Nijmegen haben ebenso ihre speziellen Sendungen wie Frauen, Kinder, Anarchisten, Homosexuelle, Literaten und es gibt Sendungen auf türkisch, spanisch sowie Programme mit karibischer, süd-

amerikanischer oder experimenteller Musik. Eine formale Organisation gibt es bei Radio Rataplan nicht. Niemand, der aktiv an der Programmgestaltung mitwirken möchte, wird ausgeschlossen. Programmdirektoren, Wellenchefs oder Chefredakteure sind allerdings unerwünscht. Der Sender hat sich in Nijmegen als fester Bestandteil der lokalen Medien etabliert. Finanziert wird Radio Rataplan durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Einnahmen aus Veranstaltungen.

Gesendet wird auf der Frequenz 102,5 Mhz mit einer Sendeleistung von 40 Watt. Damit beträgt die technische Reichweite etwa 30 km im Umkreis, bei Überreichweiten kann Radio Rataplan auch hier bei uns empfangen werden.

Die kleinen Einblicke in die Radiolandschaft unseres Nachbarn Niederlande verdeutlichen, wie Radio gemacht werden kann, welche Möglichkeiten in diesem kreativen Medium stecken. Die Betrachtung der lokalen Radiolandschaft unserer Nachbarländer kann fortgeführt werden. Wenn Ihr, liebe Leserinnen und Leser, in Eurer tacheles mehr darüber erfahren wollt, wendet Euch an die Redaktion.

Helgo Ollmann

SA. 02.03.96 -- 20.00 Uhr -- 10,- DM

EM : ZEH

Avantgarde der deutschsprachigen Rap-Szene

SA. 16.03.96 -- 12.00 Uhr

RUDI HEINZMANN -- Aquarelle und OEL

Vernissage zur Ausstellung (16.03.-12.04.)

SA. 20.04.96 -- 20.00 Uhr -- 10,- DM

PHONEBONE LIVE !!!!!

CD Präsentation

Meier's

In der Freiheit 22 Solingen Gräfrath · Tel. 02 12 - 59 36 66

Gaffel
finisch

Frankenheim Alt

König Pilsener

VELTINS
PILSENER

GEPFLEGT ESSEN UND TRINKEN

BIERGARTEN

LIVE-MUSIK

FRUHSTUCKSBUFFET So. 10 - 14 UHR

TISCHFUßBALL

GESELLSCHAFTSZIMMER

VERANSTALTUNGEN

März

Mo - 4.3. - 20.00 Uhr Eintritt: 13,-Vvk./18,- Ak

KROMBACHER MC

von den 4 bis zu den BlockX & Special Guest

Mo - 25.3. - 20.00 Uhr Eintritt: 12,-Vvk./12,- Ak

GURD STONED AGE & Guest

für Dezibel-Junkies

ROCK'N'FUTURE '96

Live Bands gesucht, Kontakt: Marc Kirchheim tel. 0212 879669 melden

Jeden Samstag - 21.00 Uhr Eintritt: 7,-

HAUS-TANZ-FLUR

come as you are to House Dancefloor Techno...

GET CONNECT

die Getaway Mailbox
News, Kino, Charts, Sound, ...
0212/75433

VORANKÜNDIGUNG

22.4. **SKEE-LO**
20.5. **MOTHER'S FINEST**
Mai **K'S CHOICE**
4.6. **NEUROSIS**
Juni **JAZZKANTINE**

MI 300 MINUTES

GEÖFFNET VON 20 UHR BIS 1 UHR

DO DIE WILDE 13

GEÖFFNET VON 20 UHR BIS 3 UHR

FR SCHWEIß-NAB

GEÖFFNET VON 20 UHR BIS 3 UHR

SA HAUS-TANZ-FLUR

GEÖFFNET VON 21 UHR BIS 3 UHR

SO WE DON'T LIKE MONDAYS

GEÖFFNET VON 20 UHR BIS 1 UHR

19-20 UHR FREIER EINTRITT, SAMSTAG VON 21-22 UHR

GETAWAY!

Diskothek - Kneipe - Livemusik
Kottendorferstr. 21 - 42697 Solingen
Telefon: 0212 - 71545
VVK: alle bekannten Vorverkaufsstellen

Gruppeninfos

AG Weiße Rose: Treff jeden Dienstag 18.00 Uhr im Pavillon der Geschwister-Scholl-Schule, Querstraße 42

amnesty international: Treff jeden ersten Mittwoch 20.00 Uhr, Kontakt unter Telefon 41578

Autonome Antifa: Kontakt unter Postfach 100931, 42609 Solingen

Bürgeraktion contra Westtangente: Kontakt unter Telefon 14722

Café International: Treff jeden ersten Mittwoch, Wupperstraße 120

Den Krieg überleben: Kontakt über H. Reckwerth, Am Eckbusch 39/85, 42113 Wuppertal
Telefon 0202/722523

Frauengruppe International im Frauenverband Courage: Treff am Freitag, 22.3., 19.30 Uhr im Café Courage, danach 14-tägig

Frauenhaus: Kontakt unter Telefon: 54500

Frauen helfen Frauen: Albrechtstraße 12, Telefon 55470

Graue Panther: Werwolf 57a, Telefon 207014

Öffentlichkeit gegen Gewalt: Plenum am 12.3. um 20.00 Uhr im Haus der Jugend, Dorperstraße. Kontakt Ursel Ullmann, Telefon: 80523

Bergischer Naturschutzverein: Gemeinsamer Treff von RBN und BUND jeden zweiten Montag im Monat um 19.30 im SZ Vogelsang, Raum 329, Telefon 326942

Schwuler Stammtisch: Jeden Freitag 20.00 Uhr im Café Cobra

SJD-Die Falken: Richard-Wagner-Straße 96, Telefon 586187

Solinger Appell: Donnerstag, 7.3. 19.30 Uhr, Werwolf 57a, danach 14-tägig

SOS-Rassismus: Telefon 201000 / Fax 205137

tacheles: Werwolf 57a, 42651 Solingen

Türkischer Volksverein: Kontakt unter Telefon 204845

Vereinigung Verfolgter des Naziregimes/ Bund deutscher Antifaschisten: Kontakt: Nicole Thiele, Neustr. 27, Tel.: 819515

Treffpunkte

Café Courage: Klemens-Horn-Str. 3, Telefon: 273635. Dienstag bis Freitag 9.30-18.00 Uhr (Frauen), Samstag 9.00-17.00 Uhr (Familien)

Cobra: Merscheider Straße 77 bis 79, Telefon: 331222, Fax: 335213

Intertreff: Van-Meenen-Straße 1, Telefon: 204845. Dienstags Folklore 17.00 - 21.00 Uhr, Donnerstags Türkisch für Nichttürkische, Freitags Familientreff um 18.00 Uhr, Sa/So Café und Vorträge.

Radio Termine

Sendungen im Bürgerfunk für Solingen und Remscheid täglich von 19.04 Uhr - 19.56 Uhr auf den Frequenzen 94,3 Mhz und 107,9 Mhz sowie im Kabel auf 99,95 Mhz.
Programmvorschau - Änderungen sind nicht beabsichtigt, aber leider möglich!

März

Freitag 1.03. Reggaethek - politische Themen und Reggaemusik

Sonntag 3.03. Full House - evangelisches Jugendmagazin

Montag 4.03. Money, Money - Verbrauchermagazin
Mittwoch 06.03. Trash-Talk - Chaotisches Magazin für Musikfreunde der harten Art

Donnerstag 07.03. Donnerzeit - Kraftstation Jugendmagazin

Sonntag 10.03. Sendung des Deutschen Roten Kreuzes

Donnerstag 14.03. CROSSFADER - Kraftstation Techno pur!!!

Montag 18.03. Stechuhr - Gewerkschaftliches Radiomagazin

Mittwoch 20.03. Radio Philadelphia - Kraftstation Satire und Musik aus Remscheid

Donnerstag 21.03. HIP-HOP-Girls - Kraftstation Frauen in der Hip-Hop Szene

Sonntag 24.03. Kommunalpolitik - wie können Bürger die Kommunalpolitik beeinflussen? - Eine Sendung des Radiokurses der VHS - Solingen

Montag 25.03. Grüne Welle - Sendung der Kreisjägerschaft 19.04 Uhr - 19.30 Uhr

Magazin der Gewerkschafter 19.30 Uhr - 19.56 Uhr

Donnerstag 28.03. Hauptschule Klausen - Eine Projektwoche der Kraftstation „Radio aus der Schule“

Sonntag 31.03. Wellensalat - Magazin für Freunde des Rundfunkfernempfangs

April

Donnerstag 4.04. DONNERZEIT - Kraftstation Jugendmagazin

Freitag 5.04. Reggaethek - politische Themen und

Reggaemusik

Sonntag 7.04. Full - House - evangelisches Jugendmagazin

Montag 8.04. Money, Money - Verbrauchermagazin

Dienstag 9.04. Radiostammtisch

Mittwoch 10.04. Trash - Talk

Donnerstag 11.04. Radio Kraftstation

Mittwoch 17.04. Radio Philadelphia - Satire und Musik aus Remscheid

Donnerstag 18.04. Radio - Aktiv - Kraftstation - Das junge Radiomagazin strahlt aus

Donnerstag 25.04. Subotmix - Kraftstation - Politik und Satire

Der Leser hat's gut:

Er kann sich seine
Schriftsteller aussuchen.*

Wo?



Kiekenap & Kiekenap

Ihre Buchhandlung - seit
über 10 Jahren in Ohligs
Grünstraße 19
42697 Solingen

Telefon (0212) 79972 / Fax 75786

*Der Schöpfer dieses Ausspruchs
starb 1935 in Schweden.